

Er scheint wöchentlich 2 Mal
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Buchhandlungen und Buchhändler
des In- und Aus-
landes an.
Für Leipzig nehmen Be-
stellungen an:
die Expedition, Sobieskystraße 4.
die Genossenschafts-
buchdruckerei, Zeilstraße 44.
H. Debel, Petersstraße 18.
S. Müller, Bayersche Straße
8b, III.

Der Volksstaat

Abonnementpreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 17 Sgr., für die übrigen
deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.,
pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
Für Leipzig und Umgegend
pro Quartal 13 Sgr.
Filial-Expeditionen für die Ver-
einigten Staaten:
H. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
via New York.
G. A. Lönnstedt,
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 35. Mittwoch 30. April. 1873.

Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat Mai zu 4 1/2 Neuenröschern werden bei allen
sächsischen Postanstalten, für Leipzig bei der Expedition
Zeilstraße 44, Petersstraße 18 und bei Colporteur Müller,
für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für
Bolkmarzdorf, Reudnitz, Reuschönfeld u. bei D. Stelzer,
Reudnitz, Kapellengasse 11, 2 Tr., für Plagwitz und Linden-
au u. bei dem Uhrmacher Reinhard in Lindenau, für Con-
newitz u. bei Teubert, Bornaische Straße 197, für Klein-
schöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst ent-
gegengenommen.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Zur Naturgeschichte unserer Tagespresse.

In einem Artikel über das „Gründerthum in der Tages-
presse“ sprach vor nicht zu langer Zeit die „Augsburger Allge-
meine Zeitung“ von der „schweren Gefahr“, welche „der gesammten
ethischen Bildung, dem Publikum und dem öffentlichen Ge-
wissen“ erwachsen müsse, wenn das Zeitungsgeschäft in die Hände
von Börsenmännern, Bankinstituten und Gründerkonfortien gerathe.
„Nicht bloß in Bezug auf das wirtschaftliche, sondern auch auf
das soziale und politische Leben“ werde „das öffentliche Gewissen
bestochen, verwirrt und vergiftet werden“. Nach Hinweis auf die
weltkundige Korruption der Wiener Presse fährt der Artikel fort:
„Solcher Corruption und Degeneration würden wir auch in
Deutschland verfallen, wenn der Uebergang der Tagespresse in die
Hände von Banken und Gründern mit solchen Riesenschritten weiter
ginge, wie wir es in der jüngsten Zeit beobachten mußten. In
Berlin spritzten die Bank- und Börsenblätter wie Pilze aus dem
wohlgedüngten Boden und von den alten Zeitungen sind kaum
noch drei bis vier unabhängig von Bankkonfortien und Börsen-
instituten. In einer Reihe preussischer Provinzial-Hauptstädte,
Königsberg, Breslau, Hannover u. a. sind die bedeutendsten „libe-
ralen“ Zeitungen in die Hände von Aktiengesellschaften über-
gegangen. Selbst das größte rheinische Blatt, das erst vor wenigen
Wochen zu gerechtem Erstaunen zu seiner Vertretung an der Börse
ein industriöses und in seinen Betriebsmitteln nicht sehr wählere-
isches Annoncenbureau zugelassen, soll jetzt dem Vernehmen nach
im Begriff stehen, seine weitere Fortentwicklung einem Konfortium
anzuvertrauen. Gegenüber solchen Fortschritten des Gründerthums
in der Tagespresse wird man gestehen müssen, daß es hoch an der
Zeit ist, das deutsche Publikum auf die ihm von dieser Seite
drohenden Gefahren aufmerksam zu machen und die Schutzmittel
gegen die Schädigung des öffentlichen Urtheils ins Auge zu fassen.
Glücklicherweise liegt das wirksamste Gegenmittel schon in der Be-
kanntheit mit dem Uebel selbst: sobald das Publikum weiß, daß
eine Zeitung der und der Vorlesergröße gehört, wird es Acht geben,
wenn ein solches Organ für oder gegen ein finanzielles Unter-
nehmen Meinung zu machen sucht; Anpreisungen unwerther Grün-
dungen wie Bemerkungen solider Unternehmungen werden den
von Förderern oder Gegnern gewünschten Zweck verfehlen; man
wird weder blindlings „anknicken“ und „hineinfallen“, noch sich
scheu machen und abschrecken lassen, Herrn Stroussberg oder irgend
einem Hochgeborenen zu Gefallen, sondern man wird sich die Sache
gründlich ansehen, der man sein Kapital anvertrauen will.“

Schließlich weiß sich indes der Artikelschreiber zu trösten, indem
er „drei Stützen, die sich dem Fortschreiten der Korruption wider-
setzen würden“, entdeckt. Und was sind diese „drei Stützen“ der
öffentlichen Moralität?

„Erstens die Ehrlichkeit und Gesinnungstreue unserer berufenen
Publizisten, die es auch künftig vorziehen werden, bei bescheidenem
Entgelt für redliche Arbeit unabhängigen Organen der Tagespresse
ihre Kräfte zu weihen, statt den oft glänzenden Differten gründungs-
lustiger Börsengrößen zu folgen und ihre Feder mit ihrem Gewissen
zu verkaufen;

zweitens der patriotische und ehrenfeste Bürgerinn deutscher
Buchhändler und Verleger;

drittens aber und vor allem die unverwundliche und selbst
durch die moralische Sündfluth des gegenwärtigen Gründungs-
schwindels nicht zu ersäufende Kerngesundheit der deutschen Nation.“

Dem Verfasser dieses Artikels ist's offenbar Ernst mit seinen
Klagen über die Verkommenheit und Korruption der deutschen Presse,
allein seine Jeremiaden beweisen, daß er die Natur und Ausdeh-
nung des Übels nicht kennt; und die Trostgründe gar, mit denen
er sich selbst und das „ehrliebe“ Publikum zu beruhigen sucht,
verathen eine Naivetät, deren komischen Wirkungen nur sehr schwer
zu widerstehen ist. Der Verfasser, in kleinbürgerlichen Illusionen
befangen, hat nicht den entferntesten Begriff von der modernen
Gesellschaft. Er schwärmt von Tugend, Patriotismus, Ehrenfestig-
keit, Kerngesundheit und anderen schönen Eigenschaften, die mit
dieser Gesellschaft genau ebenso viel zu thun haben, wie mit dem
Mann im Wunde. Seine Unfähigkeit, die Dinge im richtigen
Licht zu erblicken, zeigt sich aufs Klarste bei seiner Schilderung
der herrschenden Presszustände. Das Uebel, über welches er jam-
mert, ist ihm ganz neuen Ursprungs, eine Frucht des Gründungs-
schwindels, der sich nun auch auf die Presse geworfen hat und
dieses bisher — einige häßliche Ausnahmen abgerechnet — para-
diessisch unschuldige Institut mit seinem Festband zu vergiften droht.
Wo der Herr Verfasser nur seine Augen gehabt hat? Die liebe
Presse-Unschuld wandelt seit langer, langer Zeit — gerade so lang,
als sie das Bewußtsein ihres Werths hat — auf der Straße,
sich für Geld hingebend Jedem, der sie kaufen will. Freilich bisher
trieb sie das Handwerk der geistigen Prostitution etwas verschämt,

sie ging nur des Abends hinaus, und wagte sich nicht in die
Öffentlichkeit; während sie jetzt, goldbehangen in Sammt und
Seide, am hellen lichten Tag einherstolzirt und ihr Gewerbe treibt.
Das ist der einzige Unterschied. Die Herren Gründer sind nur
schamlos — was sie thun, ist auch vor ihnen gethan worden, und
war auch vor ihnen nicht Ausnahme, sondern Regel. Das
Wuttkle'sche Buch, das vor dem Gründungsschwindel geschrieben
ward, stellt dies altemäßig fest.

Neu, wie schon gesagt, ist nur der Cynismus, mit dem seit
einiger Zeit verfahren wird, und der Alles überbietet, was in
diesem Punkt je von anderen Völkern geleistet worden ist. Wenn
die Heuchelei ein Tribut ist, den die öffentliche Moral dem Paster
abzwingt, dann müssen wir freilich auf eine bedenkliche Schwäche
der öffentlichen Moral in dem „Kerngebunden“ Deutschland schließen.
Eine bemerkenswerthe und charakteristische Eigenthümlichkeit des in
Deutschland grassirenden Zeitungs-Gründergeschwindels besteht in
dessen notorischer Unterstützung durch die preussischen Staats-
behörden, und nicht bloß „moralischer“, nein „materieller“
Unterstützung. Im Zeitraum weniger Jahre sind in Frankfurt am
Main, Wien, Pest, Dresden und so weiter Zeitungsunternehmen
mit namhaften Kapitalien „gegründet“ worden, die ganz oder zum
größten Theil auf die preussische Regierung, und zwar auf den
von ihr „verwalteten“ Welsen- oder Reptilienfonds zurück-
zuführen sind.

Die preussische Regierung scheint die Zeit voranzusehen, wo
dieser Fonds (Dank den an „entscheidender Stelle“ sich geltend
machenden Gewissenstрупeln) herausgegeben werden muß, und
will ihn in aller Eile nach Möglichkeit ausnützen.

Da nun aber die Korruption der Presse nicht die Folge des
jetzt grassirenden Gründungsgeschwindels, sondern gleich diesem
das naturgemäße Resultat der heutigen Staats- und Gesellschafts-
verhältnisse ist, so kann selbstverständlich keine Abhilfe geschehen,
so lange diese Verhältnisse herrschen.

Die „berufenen Publizisten“ der Wirklichkeit werden es
nach wie vor mit ihrer „Ehrlichkeit und Gesinnungstreue“ sehr
gut vereinbar halten, „glänzende Differten gründungslustiger Börsen-
größen“ anzunehmen, auch wenn die „Differten“ nicht geradezu
„glänzend“ und die Verleger nicht gerade „gründungslustige
Börsengrößen“ waren; der „patriotische und ehrenfeste Bürgerinn
deutscher Buchhändler und Verleger“ wird sich nach wie vor darin
äußern, daß er das schriftstellernde Proletariat ausbeutet und „das
Geld nimmt, wo er's findet“, und wär's im Preßbureau oder
einer anderen Kioale; und „die unverwundliche Kerngesundheit der
deutschen Nation“, sie wird nach wie vor lustig „in der mora-
lischen Sündfluth des gegenwärtigen Gründerthums“ herumtampfen
und schwimmen, und wäre es bloß um zu zeigen, daß sie — „nicht
zu ersäufen“ ist.

Dem Verfasser des Artikels der „Augsburger Allgemeinen Zei-
tung“ nur noch Ein Wort:

Der Preßkorruption — und sonstiger politisch-sozialen Fäulnis-
— gegenüber giebt es logischer und konsequenter Weise nur zwei
Standpunkte: Entweder man will sie beseitigen, und dann muß
man mit der Sozialdemokratie dem heutigen Staat und der
heutigen Gesellschaft zu Leibe gehn. Oder man will letzteres
nicht und dann habe man auch den Muth, die Preßkorruption
für ein nothwendiges Uebel zu erklären! Zwischen diesem
Entweder — Oder liegt bloß Heuchelei oder Inkonsistenz.

„Jan Maat.“

Wenngleich das Wasser keine Balken haben soll, so muß es
doch sich zu einem Untergrund hergeben, fest genug, daß auf ihm
der Kapitalismus seine schwachvolle Wirthschaft treiben kann.
Drum erzeugt Gegendruck, und während Plimfoll im steifen engli-
schen Bourgeoisparlament die Verbrechen der Schiffseigentümer
brandmarkt, die ihre alten wurmfressigen Plänen zur Befriedigung
ihrer Habgucht benutzen und mit Mann und Maus untergehen
lassen, um die Versicherungssumme einzusacken, regt sich auch „Jan
Maat“, der Matrose in den deutschen Hafenstädten, um eine
Verbesserung seiner gedrückten Lage herbeizuführen.

Schon seit Wochen jammern die Bourgeoisorgane an den
deutschen Seelüften, daß ein Matrosenstrike bevorstehe, der einen
„nationalen Charakter“ anzunehmen drohe.

Daß die deutschen Arbeiter und Schiffseigentümer nicht um
ein Haar besser sind, als die englischen, liegt auf der Hand. Der
ausbeutungslustige Charakter der Bourgeoisie und, eng damit
verknüpft, ihre „Interessen“ sind ja vollständig international.
Auch manches deutsche Schiff fault am Grunde des Meeres; durch
seine Trümmer streichen die stummen Fische und nagen an den
verrosteten Gebeinen der ertrunkenen Mannschaft. Ja, die Fische
und die Todten, wenn sie reden könnten! Dann dürfte wohl für
manchen Schiffseigentümer, der „zufällig“ seinen „alten Kasten“
so gut „angebracht“ hat, die Gemüthlichkeit aufhören.

Die heutige Gesellschaftsorganisation drückt bei alledem so gut
auf die Matrosen, wie auf die industriellen Arbeiter. Ausbeutung
überall. Wenn so ein Seemann, der fortwährend sein Leben auf's
Spiel setzt, ein Leben, welches dazu bestimmt ist, unausgesetzt auf
breitenden Wogen zu existiren, wenn es überhaupt existiren will,
einen Lohn von monatlich 50 Thlrn. erhält, wie z. B. in New-
York, so läßt sich das allerdings noch hören. Wenn aber, wie
z. B. in Hamburg und Altona, sowie in den meisten deutschen
Seehäfen, „Jan Maat“ mit monatlich vierzehn Thalern vor-
lieb nehmen muß, so wundert es uns nicht, wenn sich der Drang
nach Besserung gewaltig fühlbar macht. Noch weniger erstauern
wir über eine „Coitallandung“ des Reichthums Greifswald,
welches 22 Seelen vor das Schicksal gerückt, die es für
gut befunden haben, sich unglücklich zu machen, um nicht aus der

Scylla*) des kapitalistischen Ausbeutungssystems in die Charybdis
des Militairstrafgesetzbuchs zu fallen.

Die Bourgeois denken bereits an ihre gewöhnlichen „Vorsichts-
maßregeln“. Wie sie bei den Buchdruckerstreiks die Lehrlinge halb
zu Tode schinden, wie sie im westlichen Amerika durch die Ein-
führung von Kuli's die Arbeitslöhne auf ein Minimum herabzu-
drücken suchen, so drohen sie den Matrosen, sich die nöthige
Schiffsmannschaft aus Schweden und Norwegen zu verschrei-
ben, was aber auch dann noch abginge, durch Schiffsjungen zu
ersetzen. So, rufen sie prahlerisch aus, werden wir „Jan Maat“
schon mürbe kriegen!

Nun giebt es eine Menge von sogenannten „wohlmeinenden“
Philistern, die alle derartigen sozialen Bewegungen mit
hausbadener Behabigkeit betrachten und voll spießbürgerlicher
Angstmeierei in „Eingesandt“ und „Aufklärungen“ vor offenen
Feindseligkeiten warnen, dabei stets von Ueberstürzung zeternd und
um's Himmels willen die trotigen Seefahrer bitten, doch ja
nicht den „einzigen wahren und glücklichen“ Gesellschaftszustand,
die „Harmonie“ zwischen Arbeit und Kapital zu zerstören,
„Nur keine Feindseligkeiten!“ rufen sie, „die Aktionäre der See-
versicherungsgesellschaften werden schon banze werden, wenn man
die Schiffe auslädert, die nicht einmal Deutsch verstehen, oder
halbreifen Schiffsjungen anvertraut. Die Aktionäre werden schon
bazeigen protestiren, daß sich die Generalagenten dazu bereitwillig
erkären. Auch die Presse wird solche Experimente im Interesse der
Humanität nicht verschweigen können!“

Ja wohl, meine Herren! Nur keine Ueberstürzung! Wir
schließen uns in vollem Ernste soweit an.

Daß aber die Matrosen, die Arbeiter, sich einem Vertrauens-
buzel hingeben sollten, weil die Herren Bourgeois-Aktionäre für
die „Erträgnisse“ ihres Kapitals besorgt werden können, das heißt
doch ein wenig viel zugemuthet. Wenn es sich um Unterdrückung
der Arbeiter handelt, werden Bourgeois-Aktionäre, Bourgeois-
Agenten und Bourgeois-Versicherungsgesellschaften recht schnell mit
einander einig. Und wenn die Habgier der Bourgeois diese unter
sich entzweit, so kann dies wohl den Arbeitern nützen, nicht aber
als positiver Faktor von vornherein mit in Berechnung gezogen
werden.

Allerdings, vor allem keine Ueberstürzung! Darum, ihr
Seelenle, laßt einfach über die Phrase von der „Harmonie“ zwi-
schen Arbeit und Kapital und schafft eine Organisation, dann
kann ihr dem Kapital mit allen seinen Kumargen und Brutali-
täten die Stirn bieten, dann könnt ihr mit Erfolg an der Ver-
besserung eurer Lage arbeiten. Schließt euch zu einer festen Ver-
einigung zusammen; so werdet ihr auch dahin kommen, daß ihr
den Zug der fremden Arbeitskräfte, die zu eurer Unterdrückung
benutzt werden sollen, abhalten könnt.

Mögen die Matrosen daran denken, wie wenig Gefühl die
„Schiffsherren“ zeigen, wie wenig sie von ihren reichen Schätzen
für die Rettung Schiffbrüchiger beisteuern. Werden diese Welt-
progen Rücksicht oder Mitleid kennen, wenn ein Strike Schiffbruch
leidet? Dann werden sie von der „Harmonie“ Nicht wissen
wollen!

Darum organisiert Euch, und dann, aber auch nur dann
wird's besser werden. Organisation über Alles!

*) Scylla und Charybdis — nach alter Sage zwei Meerungeheuer
am Busen von Messina, von denen stets das eine verschlang, was dem
andern entkommen war.

Politische Uebersicht.

Zur Geschichte der Presse. Im fünften seiner (recht sa-
men) Artikel über den „Aktienwindel und die Presse“ in der
„Volkszeitung“ sagt der bekannte Rostocker Handelskammersecretär
Perrot: „Es werden auch bereits Versuche gemacht, das Buch-
händler- und Verleger-Geschäft von den Aktien-Gesellschafts-
und Börsen-Interessen abhängig zu machen. Ein größerer Versuch
dieser Art in Deutschland ist für jetzt gescheitert. Aber es wird
auf diesem Wege weiter gestrebt. So läßt sich z. B. das „V. Wochen-
blatt“ aus Wien, datirt 19. Februar c. schreiben: „Eine Aktien-
gesellschaft Elbenuhle hat sich gegründet, welche das Papier fabri-
zirt und Verlagsgeschäfte zu betreiben gedenkt und das alte „Frei-
denblatt“ für eine Million zweihundert Tausend Gulden
erworben hat. — Man sieht, die letzte Consequenz dieses Systems
geht darauf hinaus, daß überhaupt nichts mehr gedruckt werden
kann, was gewissen Interessen zuwider läuft.“

Wir verweisen hinsichtlich unserer Gesamtaufassung der Pres-
zustände auf den an der Spitze dieses Blattes stehenden Artikel,
den wir bereits seit Monaten im Bulte liegen hatten und an den
wir erst wieder durch die Perrot'schen Aufsätze gemahnt werden,
welche gleichfalls den Stoffseuger der „Augsburgerin“ zur Grund-
lage haben — mit dem Unterschiede nur, daß Herr Perrot so
naiv ist, das ganze Unwesen der Aktienpresse mit seiner berühmten
Börsensteuer-Panacee vertilgen will. —

Die gut Bismard'sche „Weserzeitung“ jammert, der Sachsen-
wald, die größte Waldung in unserer Gegend (der Nothwehr ist
von Hamburg datirt), und bekanntlich ein Theil der Dotation,
welche der bescheidene und uneigennütige Reichthümer sich für den
heiligen Krieg geben ließ, scheine dem Untergang gewidmet zu sein.
Auf Ordre des Fürsten Bismard seien in den letzten zwei Wintern
für ca. 170,000 Thlr. Kug- und Brennholz daselbst geschlagen
worden, so daß die Bestände in manchen Gehägen schon durch-
sichtig wurden. Nun, Fürst Bismard ist ein kluger Mann, na-
mentlich in Geldsachen. Die harten Thaler, die aus dem „Sachsen-
wald“ herausgeschlagen werden, sind leichter in Sicherheit zu
bringen, als der Sachsenwald selbst, der, bei einem immerhin

möglichen Glückswchsel, seinen hohen Vorgesetzten nicht im Reifeloffen nach London begleiten konnte. Man muß das Heu einheimen, so lange die Sonne scheint, sagt das Sprichwort; und: Bald kommt die Nacht, da Niemand wirken kann, sagt die Bibel; und nicht jede Nacht läßt sich durch einen „Fackeltanz“ erhellen, das weiß Fürst Bismarck, der den neulichen Hochzeits-Fackeltanz im Berliner Schloß übrigens ziemlich schwierig gefunden haben soll.

Wenn wir zuweilen in unserer ermüdenden Arbeit, die faulen Flecke in Gesellschaft und Staat bloßzulegen, eine Pause eintreten lassen, so erheben wir uns zur Abwechslung an den Dingen, welche die „allerhöchsten Herrschaften“ treiben. So fällt unser Blick in eine Nummer der „Tante Vog“, eines Butter- und Käseblattes à la mode, allwo wir eine Beschreibung der Hochzeit des Prinzen Albrecht finden. Da wird erzählt, wie nach dem „Fackeltanz“ der Minister sich nicht die „allerhöchsten“ aber doch „hohe Herrschaften“ um das Strumpfband — die köstliche Reliquie des Tages! — neunzehntes Jahrhundert! — der „hohen“ Braut balgten und wie endlich ein paar adlige Hofkassieren das Kleind erbeuteten. Die Glücklichen! Und weiter fällt unser Blick auf einen Artikel aus Westphalen, wo es heißt, daß in Münster ein Schulmeister, der 40 Jahre mit musikalischer Pflichterfüllung seines Amtes gewaltet, mit 34 Thalern jährlich pensionirt worden ist! Ja noch weiter heißt es: Es leben in Preußen gegenwärtig 2843 emeritirte Lehrer, von denen 726 eine jährliche Pension unter 50 Thalern beziehen; Pensionen von 50—70 Thalern erhalten 615 dieser im Lehrfach ergrauten Staatsbürger, von 75—100 Thalern 479, von 100—150 Thalern 879, von 150—200 Thalern 376 und über 200 Thalern nur 441 Emeritirte. Welche Unsummen von Geld deuten diese Zahlen an! So meint ein kleines nationalliberales Kreisblattchen. Und wir fügen hinzu: Welche Unsumme von Verschwendung deuten jene abligen Hofkassieren an, welche dazu berufen und bezahlt, mit fürstlichen Gehältern bezahlt sind, um bei „hohen“ Hochzeiten die Strumpfbänder zu spielen, die für ihre fürstlichen Gehälter nichts anderes zu thun haben, als bei derartigen Gelegenheiten zur Verherrlichung der „Allerhöchsten“ den Byzantinismus bis in's Aschgraue und Elbsthafte zu treiben. Und diese edlen Ritter vom Strumpfband bilden die „Spitzen“ der heutigen „Gesellschaft“, welche auf eure Kosten leben, „die ihr von Gottes Borne seid bis jetzt das Proletariat!“

Aus dem Staat des „deutschen Berufs“ meldet die „Vollzeitung“ vom 22. dat.: „Dieser Tage erhielt ein Schulamts-Candidat aus der Gegend von Wehlar ein Dekret der Regierung zu Wiesbaden, wonach ihn dieselbe an eine Schulstelle im Amt Langenschwalbach berief mit einem jährlichen Gehalte von 133 Thlr. 9 Sgr. Dieses macht pro Tag, das Jahr zu 360 Tagen gerechnet, 134 Pfennige (d. h. 11 Sgr. u. 1 Pf.). Die 5 resp. 6 übrigen Tage müssen natürlich dann ganze Fasttage sein.“ Ein Lehrer also auf fast die halbe Ration des Soldaten gesetzt! Denn der Soldat kostet pro Jahr 245 Thaler. Wir wissen kein besseres Mittel, um die „Dummen, die nicht alle werden“, zu kuriren.

In München ist dieser Tage ein militärgerichtliches Urtheil gefällt worden, das in Soldatenkreisen nicht wenig Entsetzen erregt. Ein Hauptmann und ein Lieutenant, die sich aus Sedan einen „herrenlosen“ Hund „requirirt“ hatten, sind vom Besizer desselben demüthigt und nun zu 1 Monat, bez. 8 Tagen verurtheilt worden wegen — Diebstahls, bez. Hehlerei. — Wenn alle militärischen Plünderer und Demolirer von anno 70 und 71 so zu Verantwortung gezogen würden, dann würde sich auch bald herausstellen, wie es kam, daß während des Krieges so wenig Eigenthumsverbrechen in Deutschland verübt worden sind. Die Thäter waren dormalen in Frankreich und haben dort ihr Operationsfeld gefunden. Alle Gefängnisse Deutschlands zusammen würden nicht ausreichen, wenn nur der zehnte Theil der von deutschen Militärs in Frankreich verübten Eigenthumsverbrechen gerichtlich verfolgt und gehandelt werden sollte. Es brauchen bloß einmal ein paar hundert so bestimmt lautende Strafanträge — wie der Sedaner war — eingereicht zu werden, und dem raron tonionous wäre ein Exempel statuirt, an das ganze Generationen zu denken haben würden. — Recht grell contrastirt beiläufig die Strenge des Münchner Militärgerichts mit dem Verfahren des Leipziger Bezirksgerichts, welches vor 6 Monaten den Redakteur des „Vollstaat“ zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilte, weil im Prozeß wegen unseres Artikels „Zu den Plünderungen der Deutschen in Frankreich“ (Nr. 2 von 1872) die citirten Zeugen nicht alle unsere Behauptungen, sondern nur den größten Theil derselben erhärten konnten; und doch war das, was unsere Zeugen aus sagten, schon hinreichend, um die geschilderten Militärs so zu compromittiren, — daß sie gar kein moralisches Anrecht mehr auf einen Strafantrag gegen uns hatten. Wir sind fest überzeugt davon: Hätten wir eine formelle Gegendenunterscheidung — begründet auf das, was unsere Zeugen deponirt — eingereicht, die fraglichen Plünderer und Demolirer wären zu sehr schweren Freiheitsstrafen verurtheilt worden. Wir haben es aber nicht gethan — weil wir nicht die Kleinen „hängen“ wollten, wo wir gezwungen sind, die Großen „laufen zu lassen“, bez. uns die Macht fehlt, die Großen zu „hängen“. — Wie arg die Corruption in dieser Beziehung während des Kriegs war, geht unter Andern daraus hervor, daß sich sogar ein Amtsblatt (das „Leipziger Tageblatt“ vom 9. Nov. 1870) erlauben durfte, einem „biedereren Landwehrmann“ vom 67. Regiment, der sich in einer Leipziger Wirthschaft „zum allgemeinen Ergötzen der Gäste“ damit brüstete, in La Ferté sous Jouarre „seine Oberhemden, Strümpfe, Gummischuhe, Handschuhe, Schuhe für kleine Kinder, Zippelmützen, seines Maroquinleder, wollene Jacken, Bestandtheile eines Himmelbetts, etliche Flaschen Champagner — alles in ausgezeichnete Qualität“ gestohlen zu haben, um „es nun seiner Familie zu Hause zu beschleeren“, — daß sich dieses „Amtsblatt des Bezirksgerichts und des Rathes“ sogar erlauben durfte, jenen Dieb, der unter der „zweckfeller-schüttenben“ Heiterkeit eines spießbürgerlichen Publikums alle seine „requirirten Herrlichkeiten“ auspackte, unbedingten Beifall zu zollen, indem es diese „Praxis“ humoristisch „erklärlich“ fand. Und man beachte: Derartige durfte sich ein Blatt erlauben, dessen Scheerenredakteur in den letzten drei Jahren mindestens ein Duzend Injuriantlagen gegen Sozialdemokraten angestellt hat.

Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen. Aus Breslau erfahren wir, daß die Reactionäre aller Gattungen, mit Ausnahme der „Ultramontanen“, Freiconservativen, Liberalen, Fortschrittler, Nationalliberalen, Nationaldemokraten, Alliberale, Neuliberale und wie die Biedererhännschen Schäflein alle heißen mögen, das „Ein Hirn und eine Heerde“-Ideal verwirklicht, und alle sammtbrüderlich, einträchtig in den Eimen, Bismarckschen Schaafstall hineingerannt sind, aus dem sie bereits eine gesinnungstüchtige Einladung an alle Schaafe des Deutschen Reichs, ihnen in diesen warmen Schaafstall zu folgen, hervorgemähdert haben.

Ganz ähnlich finden wir jetzt in Paris, daß alle Vertreter des Besitzes, Orleansisten, honette Republikaner, selbst solche, die gleich Cernuschi einst roth schillerten, sich plötzlich unter das Banner

des orleanistischen Iniquanten Nemusat, der die Republik des Herrn Thiers repräsentirt, zusammengeschaart haben. Und zwar warum? Weil der Gegenkandidat Barodet von Lyon weiland Sympathien für die Commune verrathen hatte und derselben noch verdächtig ist! Die alten Parteiunterschiede haben sich vollständig überlebt; und es wird bald zwei Parteien geben: Die Besitzenden und Besitzlosen, die Ausbeuter und die Ausgebeuteten.

Rumänien ist ein schönes und, weil ja ein Hohenzoller dort „regiert“, auch ein glückliches Land, wenn auch der „vorge-schobene“ Sprößling des deutschen Kaisergeschlechts einen Tribut an die „hohe Pforte“ — christliche Hohenzollern an heidnische Türken! — zahlen muß. Dort gibts „heidnisch viel“ goldene Fische, um den „Staat“ von Stroussberg und ähnlichen Gaunern beschwindeln zu lassen, für das Volk gibts „heidnisch viel“ Pulver und Mehl. In Giurgewo, einer bedeutenden rumänischen Stadt, haben sich kürzlich die Fuhrleute vor dem Rathhause zusammengethan, weil die von dem Hohenzollern-Karlchen und seiner „Regierung“ neu ausgeschriebene hohe Steuer ihnen auf die Nase brante. Die Fuhrleute weigerten sich mit Zug und Recht, zu zahlen, was so eine Karlchen-Wirthschaft ohne Weiteres von ihnen verlangt. Sofort wurde der bedrohte Staat gerettet, indem die Regierung sich die Sache mit ihren „astronomischen Instrumenten“ ansah, d. h. es rückte Militär an und schoß scharf unter die wehrlose Menge, so daß ein Mann getödtet und mehrere verwundet wurden, von denen etwelche nachträglich an ihren Wunden gestorben sind. Nicht zufrieden mit diesem schändlichen Attentat, ließ das Kriegsministerium sich alle die Soldaten namhaft machen, die sich bei dem Mordanschlag ausgezeichnet, um sie mit Medaillen zu belohnen. Welch verständlicher Fingerzeig nach Frankfurt! So geht's zu in einem „Staate“, wo ein Hohenzoller „von Gottes Gnaden“ die Krone trägt und eine Civilliste von so und so viel Millionen verpulvert! Gold in Hülle und Fülle für die „großen Herren“, blaue Bohnen für das Volk!

Hinsichtlich Spaniens finden wir im „Corsaire“ vom 22. April eine Correspondenz aus Malaga, worin gegenüber den Behauptungen der Blätter, Malaga schwimme „in Blut und Feuer“ versichert wird: „Nicht ein Tropfen Blut ist geflossen, nicht einen Angriff auf das Eigenthum hat man sich zu Schulden kommen lassen.“ Auch sei es vollständig unwahr, daß „ein preussischer Marineoffizier vergewaltigt worden sei.“ Es hätten nur ein paar deutsche Matrosen eine Kneipenschlägerei gehabt.

Unter dem 23. April berichtet der „Corsaire“, daß die Angriffe der Carlisten seltener werden, und in den großen Städten — Barcelona ausgenommen die Lage „ziemlich befriedigend“ sei. — Die Arbeiter von Barcelona verlangen den 8 stündigen Arbeitstag mit Rücksicht darauf, daß die Staatsbeamten auch nicht länger arbeiten. „Dieser Grund ist vollkommen legitim“ — bemerkt der Kleinbürgerliche „Corsaire“.

Aus Constantinopel meldet die „Augsb. Allg. Ztg.“, daß gegen die „Jeune Turquie“ („Junge Türkei“) — die türkische Vorwärtspartei, deren Organ, der „Ibret“, den „religiösen Fanatismus angeht“ und die Pariser Commune verherrlicht habe — Verhaftungs- und Verbannungsmaßregeln seitens der Regierung ergriffen worden seien. Wie viel Wahres und Falsches an diesen Mittheilungen, kann man hier nicht ergründen; der Vermuthung ist aber jedenfalls Raum zu geben, daß jene jungen Leute — wenn sie sich in politischer Beziehung wirklich für die Pariser Commune „begeistert“ haben — in der religiösen Agitation wahrhaftig nur gegen die „christliche Moral“ losgebrennt haben, welche nach der Türkei importirt werden soll, — was der „Augsburgerin“ für „Aufstachelung des religiösen Fanatismus“ gilt. Ob die „grenzenlose Sittenlosigkeit“ in Constantinopel gleichfalls der „Jeune Turquie“ zur Last fällt, wagt der Herr Correspondent zwar nicht direkt zu behaupten, aber er läßt eine derartige Vermuthung zwischen den Zeilen durchschimmern. Als ob im „christlichen“ Europa die Thatsache, daß ein Vater oder eine Mutter ihr Kind „an ein Bordell verlaufen“, so selten vorkomme! In Constantinopel wurden obendrein „alle dabei Beteiligten“ (wie die „Augsburgerin“ meldet) „verhaftet“ — während im „christlichen“ Europa die Polizei sich wo möglich als wenig um derartige Angelegenheiten bekümmert. Siehe Leipziger „Tugendbund“ in vor. Nr. d. Bl.!

Der Redaktion des „Vollstille“ in Wien ist folgende Aufforderung zugesandt worden:

„Geehrte Redaktion! In Nr. 32 Ihres geschätzten Blattes vom Sonnabend, den 19. April, findet sich in Bezug auf den „Vollstaat, Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei“, folgende Bemerkung:

„Die mangelhafte Unterstützung in Arbeiterkreisen machte es sogar nothwendig, daß das Blatt zeitweise von Personen, die der besitzenden Classe angehören, unterstützt werden mußte, wie dies längere Zeit auch bei dem „Vollstaat“ der Fall war.“

Diese Bemerkung kommt dem Berliner „Neuen Sozial-Demokrat, Organ des Allgem. Deutschen Arbeitervereins“, gelegen, um sie in gewohnter perifer Weise gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei und zu gemeiner Beschimpfung des „Vollstaats“ auszubenten. Zum Beweis, daß wir nicht zu viel gesagt, bitten wir Sie, den Lesern Ihres Blattes die betr. Artikel des „Neuen Sozialdemokrat“ wortgetreu mittheilen zu wollen.

Besonders aber fühlen wir uns verpflichtet, Sie zu ersuchen, in einer der nächsten Nummern des „Vollstille“ die Namen der den besitzenden Klassen angehörigen Personen, welche den „Vollstaat“ durch Gelder unterstützt haben, sowie die Ihnen etwa bekannte Höhe der Summen angeben und dem eine Notiz beifügen zu wollen, welcher politischen Partei diese Personen — natürlich vorausgesetzt, daß Ihnen solche bekannt sind — angehören, und ob die Voraussetzung, die der „Neue“ an die Notiz Ihres Blattes zu knüpfen gemein genug ist, gerechtfertigt erscheint.

Durch eine rückhaltlose Erfüllung unserer Aufforderung werden Sie uns sehr verbinden, indem wir zwar wissen, daß der „Vollstaat“ noch bedeutende Schulden zu decken hat, und aber keine Personen bekannt sind, welche das Blatt in irgend einer Weise, geschweige aus dem vom „Neuen“ angegebenen Grunde, subventionirt haben.

In der Hoffnung, daß Sie unsere Aufforderung gerechtfertigt finden, dieselbe erfüllen und Borsiehendes zum Abdruck bringen werden, zeichnet mich sozial-demokratischem Gruß

Der Ausführender der sozial-demokratischen Arbeiterpartei.

J. A. Ed. Frey. Th. York.

Hamburg, 25. April 1873.

Vor einiger Zeit verlautele in unserer Parteipresse, Rost sei ebenfalls ausgewiesen. Die Chemnitzer „Freie Presse“ erklärte, nichts bestimmtes darüber zu wissen, jetzt erfahren wir aber aus sicherster Quelle, daß die Polizei Rost nicht nur der Stadt, sondern des Landes verwiesen hat und ihm gleichzeitig androhte, ihn in ein

Correktionshaus zu stecken, falls er in Sachsen sich wieder blicken lasse. Die Polizei wird in Sachsen täglich dreister; denn es überschreitet doch alles Maß, wenn eine Behörde einem unbescholtene Menschen drohen darf, ihn ohne weiteres ins Correktionshaus zu stecken, weil er Ansichten vertritt, die nicht diejenigen der hochwohlwollenden Polizei sind. Wir wissen allerdings nicht, auf welchen Paragraphen irgend einer mittelalterlichen Verordnung die Polizei ihre Drohung stützt, aber im „Recht“ mag sie schon sein, denn bei Gott und in Sachsen ist kein Ding unmöglich. Die „liberale“ Presse Sachsens hat bisher zu allen gegen die Sozial-Demokratie verübten Gewaltthätigkeiten geschwiegen oder sie gar gebilligt, auch zu diesem neuesten Akte sächsischer Polizeiallmacht wird sie den Mund halten. An den Arbeitern Sachsens ist es, bei den nächsten Reichstagswahlen auf alle diese Gewaltmaßregeln die passende Antwort zu geben, und speciell ist es Pflicht der Chemnitzer Arbeiter, durch die Wahl Rost, dem so viel Gehegten und Verfolgten, eine Genugthuung zu geben. Rost hat vorläufig gegen den Polizeiausweisungsbefehl Beschwerde erhoben, aber wie tausende von Erfahrungen in Sachsen und im Voraus schließend lassen, sicher ohne Erfolg. Die Haft Rosts in Zwickau erreicht, wenn wir nicht irren, gegen Ende October dieses Jahres ihr Ende.

An die Parteigenossen in Sachsen.

Bezugnehmend auf den Artikel in Nr. 32, betitelt: „Unsere Partei und die Reichstagswahlen“ halten wir uns für verpflichtet, ganz besonders die sächsischen Parteigenossen zu einer energischen, unermüdlichen und vorwärtsdrängenden Agitation aufzufordern. Sachsen ist das Land, in dem unsere Partei bisher die heftigsten Verfolgungen erduldet und der größten Feindseligkeit von Seiten der Regierung und der Bourgeoisie begegnet ist. Zahllos sind die seit drei Jahren vollzogenen Einkerkelungen, Geldstrafen, Landesverweisungen und die Polizeihilfen, mit denen man uns überschüttet hat. Dafür muß unsere Partei bei den nächsten Reichstagswahlen der sächsischen Regierung und Bourgeoisie einen Denkzettel geben; sie muß beweisen, daß alle diese feindseligen Maßregeln insgesammt nicht nur nicht geschwächt, sondern gewaltig gestärkt haben; sie muß beweisen, daß unsere Partei keine Partei ist, die man mit kleinlichen Unterdrückungsmaßregeln zu Grunde richtet, sondern eine Partei, die, durch den Widerstand neu ermutigt, unerschütterlich ihre Ziele verfolgt, und endlich auch erringt, koste es was es wolle.

Die letzte Reichstagswahl fand statt unter dem Kanonendonner und Siegesgeschrei zum Versailler Frieden, denn der 3. März 1871 als Wahltag brachte auch die Friedensnachricht. Tausenden in arbeitender Bolle war durch die Freude, daß ein blutiger Krieg endlich vorübergegangen, die schwere Zeit der Arbeitslosigkeit beendigt, die ruhige Ueberlegung genommen worden, sie stimmten für ihre eigenen Unterdrücker. Andere Tausende, Reservisten und Landwehrmänner, welche „des Königs Befehl“ in den Kampf gestossen waren ihres Stimmrechts beraubt, sie gingen uns verloren. Dazu kam, daß unsere Organisationen in Folge des Krieges zertrümmert, unsere materiellen Mittel auf ein Minimum reducirt, manch geistiger Kräfte hinter Schloß und Riegel eingesperrt waren. Für wahr, es war eine Situation, wie sie niederdrückender und entmuthigender kaum gedacht werden kann. Und trotz alledem erlangte die Partei bei den Wahlen mehr als 40,000 Stimmen, genau 15,000 mehr als bei den vorübergehenden Wahlen im Jahre 1867.

Aus den 40,000 müssen das nächste Mal mindestens 80,000 werden, soll anders die Partei mit ihren Genossen in Sachsen zu Frieden sein. Sachsen besitzt 23 Wahlbezirke, jeder Wahlbezirk zählt ca. 20,000 Wähler, das sind zusammen 460,000 Mann Erfahrungsgemäß wählen von diesen ungefähr 50—55 Prozent das sind 230—250,000, der dritte Theil davon muß also an unsere Partei kommen. Die Möglichkeit ist da, wenn alle ihre Schuldigkeit thun.

Die Partei ist durch eine Reihe von Mitgliedschaften und sonstige Organisationen vertreten in folgenden Bezirken: 3. Bezirk: Baunzen, Ramenz, Bischofswerda; 4. Bezirk: Stadt Dresden rechts der Elbe; 5. Bezirk: Stadt Dresden links der Elbe; 7. Bezirk: Meißen, Großenhain u.; 8. Bezirk: Stolpen, Neustadt, Schandau, Pirna, Königstein; 9. Bezirk: Freiberg, Hainichen, Deberan; 10. Bezirk: Waldheim, Oeringdowale, Leisnig, Döbeln; 12. Bezirk: Stadt Leipzig; 13. Bezirk: Gerichtsamt Leipzig I und II; 14. Bezirk: Borna, Froburg, Lausig, Rochlitz, Penig, Geithain; 15. Bezirk: Limbach, Burgstädt, Wittweida, Frankenberg; 16. Bezirk: Stadt und Amt Chemnitz. (Den Leipziger und Dresdenener Parteigenossen empfehlen wir den 11. Bezirk Dschag, Bernsdorf, Wurzen, Grimma, Mügeln zur Agitation; gegenwärtig dominiert dort Herr Gläther auf Saalhausen, und Herr Steiger auf Schweta wohnt in dem Bezirk. Verschiedene dort ausgebrochene Strides unter den Landarbeitern zeigen, daß der Boden gesund ist; er muß nur beackert werden); 17. Bezirk: Glauchau, Meerane, Hohenstein, Ernstthal; 18. Bezirk: Crimmitschau, Werdau, Zwickau; 19. Bezirk: Stollberg, Lugau, Oeyer, Lößnitz, Aue, Schneeberg; 20. Bezirk: Ehrenfriedersdorf, Bschopau, Marienberg; 22. Bezirk: Kirchberg, Falkenstein, Reichenbach, Lengsfeld; 23. Bezirk: Plauen, Pausa, Klingenthal, Adorf, Marktmetzdorf.

Das sind 20 Bezirke, in denen die Partei mehr oder weniger stark vertreten ist, in den 3 andern hat sie vorläufig nur vereinzelte Mitgliedschaften oder vereinzelte Anhänger. Den Wahlkreis Annaberg, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt empfehlen wir der Chemnitzer Genossen zur gelegentlichen Berücksichtigung.

In einem Theil der aufgeführten Bezirke kann die Partei ohne jeden Zweifel siegen, in einem andern mehr oder weniger bedeutende Minoritäten erlangen. Das Resultat wird um so großartiger sein, je früher Hand ans Werk gelegt wird, und deshalb legen wir die in dem schon erwähnten Artikel gemachten Vorschläge den sächsischen Parteigenossen besonders ans Herz. Bei und Umständen sind uns günstig wie nie: benutzten wir sie, und zur Freude, unsern Feinden zum Trost, der Sieg kann und wird nicht ausbleiben. Vermeiden wir jedoch den Fehler von 1870 — sold auswärtige Parteigenossen, die der größeren Masse völlig unbekannt sind, als Candidaten aufzustellen. Ein im Lande wohlbekannter Sozialdemokrat hat allemal mehr Chancen, durchzukommen, als ein auswärtiger, der nur im engeren Kreise der eifrigeren Parteigenossen Sympathien hat.

Gewerksgenossenschaftliches.

Verband der Buchbinder und verwandten Geschäftsweige.

Leipzig, 27. April. Den Gewerkschaften und Ortsvereinen hiermit zur Nachricht, daß Nachstehende in dem Verbands-Ausschuß gewählt wurden: H. Richter, Vorsitzender; R. Kunath, Stellvertreter; Friedrich Hirt, Kassier; Brandmaier, Schriftführer; Sringel, Schubert, Müller, Beisitzer.

Kollegen! Wenn wir hiermit versichern, daß der Ausschuß seinen Verpflichtungen in jeder Beziehung pünktlich nachkommt

wird, — so erwarten wir Eurer Seite, daß alle Kollegen ebenfalls Ihre Verpflichtungen erfüllen werden, d. h. fest halten an der neuen Vereinigung und unermülich thätig sind für das Wachsen der Ortsvereine. Vor allem müssen wir dies aber von den Gauvorständen verlangen! Es wollen die Gauvorstände hauptsächlich dafür Sorge tragen: Parteistreitigkeiten in der Gewerkschaft nicht zum Ausbruch kommen zu lassen, dann wird eine gesunde Entwicklung unseres Verbandes nicht ausbleiben. Soll der Ausschuß, — wie er beauftragt — die Gründung eines Organs bald bewerkstelligen können, so wird es unbedingte Notwendigkeit, daß die Gauverbände Alles aufbieten, neue Vereine zu gründen und die Organisation weiter unter die Kollegen zu tragen! Thue also Jeder seine volle Schuldigkeit. Ferner: da der „stetographische Bericht“ über die Verhandlungen des Buchhändlertages gedruckt werden soll, ersuchen wir die Gauvorstände, uns annähernd anzugeben, wie viel Exemplare sie abzugeben gedenken; desgleichen die notwendige Zahl der Statuten und Mitgliedsbücher baldigst zu melden. Briefe an den Ausschuß sind an Unterzeichneten, Gelder nur an dem Kassirer Friedr. Hirst, Antonstraße 15 zu senden.
Mit Gruß
H. Richter, Sternwartenstraße 23.

Correspondenzen.

Leipzig, 26. April. Gestern Nachmittag wurde mir durch das hiesige Polizeiamt eröffnet, daß das Ministerium meine Ausweisung bestätigt habe, und mir bedeutet, daß ich — wenn ich vom 27. d. an bis zum gleichen Datum nächsten Jahres ohne Erlaubnis mich in der Stadt betreffen ließe — verhaftet und „bestraft“ werden würde. Ich telegraphierte sofort sogleich an den Vorsitzenden des Staatsministeriums:

„Dresden. Excellenz Herrn Ministerpräsidenten. Auf meine vor 22 Tagen an Rgl. Ministerium des Innern gerichtete telegraphische Bitte, meine Ausweisung zu suspendieren bis zur Celebation meines vor nahe 6 Wochen bei Rgl. Staatsanwaltschaft eingereichten Strafantrags gegen Leipziger Polizeidirektor wegen schätzbarer widerrechtlichen Freiheitsübernahme und schweren Amtsmissbrauchs bis heute noch keine Antwort. Auf Polizeibefehl soll ich morgen Abend die Stadt verlassen.“ Ich werde vergewaltigt, ohne bei einer einzigen sächsischen Behörde Schutz zu finden gegen unerhörte Bedrückungen. Ergebenst Hepner, seit 2 Jahren Leipziger Bürger.“

24 Stunden darauf brachte mir ein Bote aus Dresden einen ziemlich unklaren Brief des Ministeriums des Innern, am Schluß besagend, daß ich mir bei der Kreisdirektion Antwort holen solle. Der Kreisdirektor erklärte mir, daß das Ministerium mein Gesuch um Suspendierung ohne Verfügung an ihn zurückgeschickt habe — was gleichbedeutend mit Ablehnung sei. Damit war die Sache erledigt. Ich werde morgen früh nach Connewitz übersiedeln und dort so lange bleiben, bis ich die Affaire Klüber — in der ich bislang ohne alle und jede Unterstützung seitens unserer sächsischen Parteipresse geblieben bin, zum Abschluß gebracht habe. Ich habe in Sachsen schon viel Un dankbares erlebt; aber ich kann mich doch nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß das Leipziger Bezirksgericht Last hätte, sich zur Protektion so schwerer Amtsvergehen herzugeben, wie ich sie in meiner dem Staatsanwalt eingereichten Denkschrift dem Polizeidirektor nachgewiesen habe. Entschließe sich die Staatsanwaltschaft nicht in Kurzem, so werde ich alles mir über dieses Thema disponible Material veröffentlichen.

A. Hepner.

Leipzig. Die Redaktion des „Leipziger Tageblattes“ sendet uns eine stumme „Verichtigung“ zu, in Gestalt des „Leipziger Tageblattes“ vom 9. April, in welchem die Annonce „100 Seyer nach Wien gesucht“ blau angestrichen ist. Damit will wohl die Redaktion des genannten Blattes uns andeuten, daß unsere in vorletzter Nummer dem „Correspondent“ nachgedruckte Notiz, das „Tageblatt“ habe jenes Inserat nicht aufnehmen wollen, un wahr sei? Wie naiv diese Herren sind! Wir haben uns an maßgebender Stelle erkundigt, und erfahren, daß das „Tageblatt“ jene ihm vom Präsidium des Buchhändlerverbandes zugesandte Annonce erst einige Tage später — als sie bereits überflüssig war — aufgenommen habe. Beweis: Das Wiener Telegramm war vom 4. April und das „Tageblatt“, in welchem die Annonce steht, ist vom 9. April. Am 9. April hatten aber die Leipziger Schriftsteller die fragliche Notiz bereits aus dem „Correspondent“ gewußt, der am Dienstag den 8. Nachmittags erschien.

Die Moral von der Geschichte: Wenn das „Leipziger Tageblatt“ uns wieder eine stumme „Verichtigung“ schickt, muß es nicht darauf reflektieren, daß wir etwa — wie andere Leute — Tag und Nacht Gofse tranken und unfähig wären, einer Ueberfölpelung zu entgehen.

Leipzig. Das „Tageblatt“ — wir sprechen nur von dessen Redaktion im Allgemeinen, nicht von Herrn Hüttner, dem wir volle Indemnität erteilen, da wir wissen, daß er nicht Alles verantworten kann, was im „Tageblatt“ steht — bringt folgenden Artikel: „In Pirna entfaltet sich eine große Thätigkeit am neuen Brückenbau und am neuen Bahnhof. Als Arbeiter hat man, dem Beispiele Dresdens folgend, zum größten Teil Italiener genommen und sich dabei nicht an Lichte gehalten, denn diese Leute sind so arbeitsam, wie sie nüchtern und genügsam sind. Das Postamt in Pirna hatte noch selten so viel Posteingangslisten zu befördern wie jetzt, denn Alles, was der fleißige Sohn des Südens nur ersparen kann, das schickt er in seine ferne Heimat; sein Ziel ist, nach einigen Jahren strenger Arbeit und unendlich genügsamen Lebens sich ein kleines Heim zu gründen!“ Die braven, nüchternen, genügsamen Italiener! Und solch einem erhebenden Beispiel gegenüber entbilden sich, wie die fromme „Kreuzzeitung“ neulich erzählte, die Berliner Steintücher und Maurer nicht, den Champagner Morgens zum Frühstück aus Weißbiergläsern zu trinken und „so einen Rehrücken im Handumdrehen“ zu vertilgen. Gilt es dagegen einmal, den „verlohterten“ Franzosen die deutsche Allerweltsherrlichkeit zu schilteln, wie nimmt da stets das „Tageblatt“ den Mund voll von „deutschem Fleiß“, von „deutscher Ausdauer“, „deutscher Genügsamkeit“ und „Sparbarkeit“! Alle diese schönen Eigenschaften aber, wem kommen sie zu? Den Hoflakaien? den Sabelmännern? den Pfaffen? der Jeunesse dorée? den Bourgeois? den Leipziger Hofeinträgern? Antwort, Herr Hüttner! Einzig und allein den Arbeitern, den deutschen Arbeitern! Und dann fügen wir noch hinzu, daß es einfach geschehen ist, wenn man die Italiener den deutschen Arbeitern in solcher Weise als Muster von „Sparbarkeit“ hinstellt. Wir mißgönnen keinem Arbeiter sein Vergnügen, mag er Deutscher oder Italiener sein und für uns sind die Interessen der Arbeiter aller Länder solidarisch; aber die nach Deutschland angewanderten Italiener genießen den Ruf, den ihnen das „Tageblatt“ zuschiebt, entschieden nicht, was wir auch nicht bedauern, denn die „Rusterarbeiter“ des „Tageblattes“ sind für uns keine solden. „Strenge Arbeit“ und unendlich genügsam — ja, das gefiele den Herren Bourgeois, wenn alle Arbeiter so wären. Glücklicherweise geben sich

weder Italiener noch Deutsche im Ganzen dazu her, „strenge“ zu arbeiten und dann erst noch „unendlich“ (!!) genügsam zu sein!

Chemnitz, 24. April. Agitationsbericht. Uble sprach am 13. April in einer öffentlichen Parteiverammlung in Schloß Chemnitz über die Vorgänge in der Arbeiterbewegung während des Monats März. Am Sonntag sprach derselbe in Langenberg und Oberlungwitz bei Hohenstein. Die Versammlungen, die zahlreich besucht waren, protestirten entschieden gegen die Haltung des Reichstags, welcher behauptet, nicht die Macht zu besitzen, den Abgeordneten Bebel von Hübnerburg zu reclamieren. Eine gleiche Versammlung fand am Montag in Stangendorf bei Zwidau statt, in der Uble über dieselbe Angelegenheit sprach. Die Versammlung, ebenfalls sehr zahlreich besucht, wurde gleich zu Anfang in eine heitere Stimmung versetzt durch die Intervention des Polizeivertreters, der die Frauen aus dem Saale entfernt wissen wollte. Da sich der Vorsitzende weigerte, dieser Forderung zu entsprechen, so führte der Herr Polizeivertreter aus, die Frauen hätten die Verhandlungen der Versammlungen schon oft dadurch gestört, daß sie während derselben geschlafen hätten; er beruhigte sich aber, als der Vorsitzende erklärte, so lange ihm nicht eine diesbezügliche Stelle aus dem Gesetze vorgeführt werde, der Aufforderung des Polizeivertreters nicht nachkommen zu können. Die Frauen blieben in Folge dessen im Saale und schlofen zum Erlaunen des Beamten nicht, verursachten auch keine Störung. Die Versammlung protestirte hier ebenfalls entschieden dagegen, daß sowohl von Seiten des Reichstages als auch der sächsischen Regierung verhindert worden, daß Bebel auf dem Reichstag erscheinen konnte. — Lyser war am Sonnabend, Sonntag und Montag agitatorisch thätig und zwar zuerst in Glauchau, wo er 1. über die Abstimmung des Reichstags, die Freilassung Bebel's während der Dauer der Reichstags-Session betreffend, 2. über den Buchdruckerstreik sprach. Sonntag hielt Lyser in Lunzenau einen Vortrag über die Corruption der gegnerischen Presse, das Gründerthum und die Einwirkung beider auf das arbeitende Volk. Am Montag endlich kam wieder die Bebel'sche Angelegenheit und das Eisenacher Programm in Müssen St. Jakob zur Sprache. Die sehr stark besuchte Versammlung schloß sich dem Protest der Glauchauer an unter Hochrufen auf Bebel. — Bahlreich sprach am Sonnabend in Köschendorf bei Dresden, wo sich eine sehr lebhaft Bewegung entwickelt hat. Der Vortrag über die heutigen sozialen und politischen Zustände wurde aufmerksam und beifällig aufgenommen, auch sogar von den Gegnern, welche sich doch nur schwer von ihrer Voreingenommenheit loszumachen vermögten. Einen heitern Zwischenfall rief der anwesende würdige Genosse von Köschendorf hervor, der, als Redner über die Polizei, als einer sehr wichtigen politischen Institution, zu sprechen begann, denselben unterbrach, nicht etwa um auf das Ungeheuer einer Nebewandlung aufmerksam zu machen, sondern um in sehr unparlamentarischer Weise eine lange Lobrede auf die Polizei zu halten. Die Versammlung folgte zwar anfangs den wunderbaren Ausführungen dieses neuen Demosthenes mit Aufmerksamkeit, dieselbe löste sich aber alsbald in eine ungeheure Heiterkeit auf. Der Vorsitzende und der Referent brachten den allzu dienstfertigen Mann des Gesetzes endlich zur Ruhe und die Versammlung konnte weiter tagen. — Schließlich sei noch bemerkt, daß auch Wolf in Kallenberg kräftig für den gegen den Reichstag gerichteten Protest in einer öffentlichen Volksversammlung wirkte. Als Wolf das Verfahren des Justizministeriums beleuchtete, intervenierte der in Begleitung von drei Bewaffneten erschienene Herr Ortsrichter, indem er Wolf erluchte, sich in seinen Ausführungen zu mäßigen. Wolf bemerkte, daß er nicht Unparlamentarisches geäußert habe, worauf der Herr Ortsrichter versicherte, er wolle dieses dem Redner später „auseinanderlegen“, was indessen nicht geschah. Die bekannte Resolution wurde mit begeisterten Hochrufen auf Bebel angenommen. Außerdem sprach Wolf in Leutersdorf. („Freie Presse.“)

Leutersdorf, 22. April. Am 24. Dezember 1872 fand hier die erste Volksversammlung statt, in welcher Bahlreich die Punkte unseres Programms in sehr einleuchtender Weise erläuterte. Es erfolgten mehrere Eingebungen und feuerten wir uns daher, daß der Samen bei uns wieder guten Boden gewonnen, nachdem er durch das Vorgehen des Herrn Meude vollständig zu Grunde gerichtet war. Jetzt wundern wir uns, wie es gewissenlosen Weischen nur möglich gewesen, uns arme Arbeiter durch längere Zeit, indem sie uns bei den heiligsten Gefühlen packten, zu mißbrauchen und zu ihren selbstlichen Zwecken zu benutzen. Nach unserer ersten Volksversammlung haben wir wieder zwei Versammlungen einberufen; in der ersten sprach Lyser über die indirekten Steuern, und in der zweiten, welche am 20. d. M. abgehalten wurde, Wolf über Religion und Sozialismus. Beide Referate wurden mit großem Beifall und Eingebungen entgegen genommen. Mit sozialdemokratischem Gruß

Wilhelm Aurtig, Vertrauensmann.

Braunschweig, 21. April. Nachdem am 10. d. M. nach Ablauf der achtzähligen Kündigungsfrist die hiesigen Schneidergehilfen gewonnenen waren, die Arbeit niedergulegen, wurden im Laufe der ersten Tage die Verhandlungen beiderseits wieder aufgenommen, die Arbeitgeber verständigten sich zur Abschaffung der Sonntagsarbeit, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, sowie einer Zulage von einem Procent der Lohnhöhe auf jedes Stück. In Folge dessen wurde am 19. d. M. in den größeren Werkstätten die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik ist nunmehr beendigt. Daß unserer Eingabe.

Im Auftrag: E. Ludolph, Comité-Mitglied.

Pforzheim, Montag den 7. April erhielten die meisten Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins ein vertrauliches Cirkular, unterzeichnet Stöffler und Trösch, mit der Aufforderung, ja Abends pünktlich zur Generalversammlung zu erscheinen, es gelte heute die Entscheidung, ob der Arbeiterverein noch ferner eine Heimstätte für alle Arbeiter, gleich viel welcher Richtung dieselben in politischer und religiöser Beziehung angehören, sein soll, oder ob er ausschließlich zum Tummelplatze für sozialdemokratische Agitationen dienen solle. Beigelegt war ein Wahlloosschlag mit der Aufforderung, denselben einfach abzuschreiben, um keine Zersplitterung hervorgerufen. Mittags waren schon viele Cirkulare in unseren Händen, und trotzdem wir gut vorbereitet waren, galt es, die Anstrengungen zu verdoppeln. Alle unsere Parteigenossen, die zugleich Vereinsmitglieder, waren wie ein Mann auf dem Posten, und so gelang es, für die Verwaltung des folgenden Jahres unsere Liste ohne Ausnahme ganz durchzuführen. Eine solch starkbesuchte Versammlung hatte der Verein noch nie gehabt, denn beide Parteien hatten das Aeußerste aufgeboten. Wir hatten für die Beamten eine Mehrheit von durchschnittlich 30, für die Ausschußmitglieder etwa 25.

So siegesgewiß die Herren am Anfang waren, niedergeschlagen waren sie am Ende. Ihre Gesichter verlängerten sich zusehends; glaubten sie doch den einzigen Parteigenossen, der bisher in der Verwaltung war, vollends hinausbringen, ja vielleicht auch Einige ganz ausschließen zu können!

Die Bedeutung dieses Tages ist für den hiesigen Platz durchaus nicht gering anzuschlagen, der Verein zählt etwa 600 Mitglieder und war einer der bedeutendsten Zweigvereine des in Nürnberg gegründeten und nun selig entschlafenen Arbeiterbundes, bei dessen Geburt die Herren Wittum und Stöffler als Pforzheimer Delegirte die Herrendienste leisteten. Letztere wußten den Einfluß des Vereins bei allen wichtigen Angelegenheiten (z. B. Reichstagswahl) im Sinne der Bourgeoisie gegen die Arbeiter zu verwerthen. Nun ist ihre Macht in den Arbeiterorganisationen hoffentlich für immer gebrochen. Schon 14 Tage vor der Wahl gaben dieselben Extrablätter zum „Beobachter“ heraus, worin sie dem hiesigen Publikum anzeigten, daß sie einen „sozialen Reformverein“ gegründet hätten, welcher sich als Hauptaufgabe die Vernichtung der Sozialdemokratie gestellt habe. Ein Schulmeister, Namens Büdlin, liefert hauptsächlich die geistige (?) Arbeit für das Organ „Der Fortschritt“; aber außer Denunziationen und Lügen über unsere Prinzipien liefert derselbe einen solch jämmerlichen Blödsinn, daß wir nichts schänerer wünschen können, als daß die Herren ja recht lange so fortführen möchten; besser könnten drei ständige Agitatoren nicht für uns werden. Seit obiger Wahl vollends geben sie sich wie toll. Wir werden ihnen aber noch Gelegenheit zu geben wissen, sich vor den hiesigen Arbeitern in ihrer ganz traurigen Gestalt zu zeigen. Hoch die Sozialdemokratie!
Der Vertrauensmann.

Mannheim, 22. April. Für die vorige Nummer zu spät eingetroffen. Red. v. B.) Bierkrawall, Versammlung aufgelöst, Polizei und Soldaten, ministerielle Verordnung — das sind die neuesten Tagesgespräche im badischen Lande. Die hiesigen Bierbrauereibesitzer vereinigten sich, um den Bierpreis von 4 auf 5 Kreuzer per 1/2 Liter zu erhöhen. Alle Gemüther waren in Folge dessen in Aufregung und sprach man im Geheim von einem bevorstehenden Krawall, welcher dann auch am 16. d. Nachts stattfand und mit der Demolirung von 4 Brauereien endete; Fenster, Thüren, Gläser ic. wurden zertrümmert. Es nahmen jedoch nur sehr Wenige an dem Zerstörungswerke Theil; die Hauptthäter, 8—12 Mann, welche die „Arbeit“ wie im Afford in Zeit von fünf Viertelstunden ungehindert und unter dem Beifall einer ungeheuren Zuschauermenge ausführten, waren, so viel man klümmern zu wollen. Dieselben standen vereinzelt mit lächelnder Miene an den Ecken und sahen ruhig zu. Als bereits die dritte Wirtshaus in Angriff genommen wurde, erschien Militär auf dem Plage. Dasselbe machte dann im Eifer der Vaterlands- und Ordnungsliebe auch den weitgehendsten Gebrauch von Bajonnet und Kolben, wobei selbstverständlich Verwundungen auf beiden Seiten stattfanden, darunter schwere. Die Polizei hatte Tags darauf nichts Eiligeres zu thun, als in den Fabriken herumzuspionieren und einige Verhaftungen vorzunehmen. Wie können constatieren, daß sich die hiesige denkende Arbeiterbevölkerung an dem Krawalle nicht betheiligte, sondern sie sagte sich einfach: für 5 Kreuzer trinken wir kein Bier! Und so zwingen wir die Brauer, auf den alten Preis zurückzugehen. — Die Metallarbeiter-Gewerkschaft wollte am 19. d. eine Versammlung, angezettelt durch Plakate, abhalten, welche zahlreich besucht war. Um 8 Uhr kamen wir zusammen. Der Wirth weigerte sich, den Saal zu öffnen; nachdem ihm Schmidt erklärt, daß wir die ganze Verantwortung übernehmen, that er es doch. Halb neun Uhr hielt Schmidt eine Ansprache; da wurde die Mittheilung gemacht, vor dem Eingang ständen 25 Mann Vaterlandsüberhitzer und 2 Polizisten. Dies brachte uns nicht außer Fassung, und Schmidt sprach ruhig weiter. Da nun die Herren Polizisten doch so sehnüchlich zur Glatthüte hereinzuhalten, wurden dieselben aufgefordert, einzutreten. Sie traten ein und hörten eine Weile ganz ruhig zu, bis Schmidt das Wort „Vaterlandsüberhitzer“ ausgesprochen hatte. Da sprang der eine, wie von der Tarantel gestochen, auf, mit dem Ausrufe: Halt! jetzt ist's gerade genug! Sie haben hier über's Gesetz gesprochen, das darf nicht sein; ich weiß ganz gut, daß Sie nach dem Gesetz recht haben, aber ich darf's nicht leiden, daß hier davon gesprochen wird.“ Inzwischen erwies denn der Herr Commissar und löste die noch gar nicht eröffnete Versammlung auf, mit der Drohung, in fünf Minuten mit Militär einzuschreiten, wenn bis dahin der Saal nicht geräumt. Es war bis dahin das ganze Vorgehen der Polizei ein rein ungeschickliches, indem eine ministerielle Verordnung laut Gesetz vom 21. November 1867, die Vereins- und Versammlungsrecht betr., noch nicht publiziert war. Außerdem konnte auf Grund desselben Gesetzes die Metallarbeiter-Versammlung weder polizeilich noch ministeriell aufgehoben werden, weil die Gewerkschaft lokal organisiert ist und somit kein Verstoß gegen das betreffende Gesetz stattfinden kann. Den 20. d. wurden wir dann mit folgender Ministerialverordnung beglückt: „Auf Grund des § 29 des Polizeistrafgesetzbuches wird die Abhaltung größerer Versammlungen im Freien oder in öffentlichen Lokalen in der Gemeinde Mannheim auf die Dauer von 4 Wochen verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft. Das großherzogliche Bezirksamt ist ermächtigt, aus besonderen Gründen in einzelnen Fällen die Erlaubnis zu Versammlungen zu erteilen. Karlsruhe, den 19. April 1873. Großh. Ministerium des Innern (gez.) Jolly.“ Es ist also der Beweis geliefert, wie möglich Weise eine ruhig tagende Versammlung, die mit einem Bierkrawall in keiner Weise etwas gemein haben will, auf den Wink eines Polizei-Commissars von Soldaten niedergemetzelt werden kann. Die Jama erzählt, die Sackträger hätten im Einverständnis mit der Polizei gehandelt. Ich weiß nicht, was Wahres daran ist. Sonderbar erscheint uns, daß die Agitatoren vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, Frohme, Prinz, Stör aus Kiel, Löffler aus Berlin sich beständig hier in Mannheim herumtreiben, um gegen uns zu wählen. Am Donnerstag beriefen sie eine Volksversammlung ein, wo die Bierfrage und Vassalle's Geburtstag, resp. Proklamirung zum zweiten Sohne Gottes erörtert wurden. Am Tage nach dem Krawall war wieder eine Versammlung einberufen, sie durfte aber nicht stattfinden. Von Frankfurt a. M. wird dasselbe gemeldet, in Heidelberg war von unbekannter Seite gleichfalls für letzten Sonntag eine Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: Die Bierfrage, trotzdem dort kein Ausschlag erfolgt ist. Das giebt zu denken!

Erfurt, Am 17. April stand Parteigenosse Schloffer J. H. Imhof vor dem Kreisgerichte, angeklagt der „Gotteshäufung“ auf Grund des § 166. Die Anklage fußte hauptsächlich darauf, daß der Angeklagte gesagt haben sollte, die Kirche besuche heutzutage kein vernünftiger Mensch mehr; es gingen nur noch alte Weiber hinein. Der Staatsanwalt stellte Imhof als einen gefährlichen Menschen hin, der schon einmal wegen „Majestätsbeleidigung“ (Duhul) bestraft worden sei. Wenn solche Ansichten, wie die des Angeklagten, Plag griffen, verliere ja der Eid (!) seinen Werth. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Der Angeklagte, der sich selbst verteidigte, wies die Angriffe des Staatsanwalts zurück, was den Gerichtshof aber nicht hinderte, Imhof zu vierzehn Tagen Gefängnis „von Rechts wegen“ zu verurtheilen.

Dresden. Die Abpuger in der Hagspiel'schen Pianofortefabrik haben bekanntlich die Arbeit eingestellt, weil ihnen die ganz beabsichtigte Forderung einer Lohnerhöhung abgelehnt worden. — Einer der Streikenden weilte am vorigen Sonnabend im Verkehr der Tischler, Herrmann's Hof, auf der Brüdergasse. Dort gefellte sich zu ihm ein junger Mann, welcher sich als Fachgenosse gerirte und die Absicht ansprach, als Abpuger in Condition zu gehen. Nichts lag nun näher, als daß der streikende Colleague den Condition-suchenden auf die erwähnte Arbeitseinstellung aufmerksam machte und ihm abrath, in der Hagspiel'schen Fabrik gegenwärtig in Arbeit zu treten. Ja, der Erstere offerirte sogar seinem Gesährten eine Stelle in einer anderen Fabrik; das Anerbieten wurde acceptirt und Beide machten sich auf den Weg, um sofort nach der Fabrik zu gehen. Unterwegs äußerte der junge Mann, er müsse erst einmal nach seinem Verkehr auf der Mittelgasse sich zu gehen, und lud seinen Begleiter ein, ihm zu folgen. Nichts ahnend gehorchte derselbe; Beide traten in ein Parterrelokal auf der Wettinstraße und der ehrliche Abpuger sah sich plötzlich — im Polizeibureau. Aus seinem angeblichen Collegen entpuppte sich hier ein Polizist in Civil, der ihn denuncirte, ein Aufwiezler zu sein, weil er für den Strike agitirt etc. Der Erschrockene wurde in barscher Weise verhört und, nachdem seine Identität festgestellt worden, wieder entlassen. Auf die Folgen der Denunciation darf man mit Recht gespannt sein.

Dies allen Arbeitern zur Beachtung, allen Denen, welche unsere Staatseinrichtungen preisen, als hübsche Illustration für ihre Lobes-erhebung.
(„Dresdner Volkstbote.“)

Waldheim. Der „Anzeiger für Döbeln, Harttha und Waldheim“ vom 16. April enthält Folgendes: „Am 31. März hielt Herr Pastor Lehmann im Gewerbeverein einen Vortrag zur Orientirung über die Arbeiterfrage:

„Die sociale Frage ist die brennende Frage unserer Zeit, nicht etwa nur unseres Volkes, denn diese Frage ist eine internationale, und ihre Bedeutung liegt darin, daß sie alle Gebiete des menschlichen Lebens berührt. Sie ist nicht neu; der Auszug der Römer aus den heiligen Berg im Jahre 494 vor Christi Geburt und die Bauernkriege zur Zeit der Reformation, was waren sie anders als sozialistische Bewegungen; aber sie ist in neuerer Zeit erst zu einer eigentlich brennenden geworden, und daß sie das geworden ist, daran ist zuerst und hauptsächlich der großartige Aufschwung der Industrie schuld. Zu diesem Aufschwunge und zu beglückwünschen, haben wir ja gewiß alle Ursache, und doch predigt auch er und das alte Gesetz von Licht und Schatten: je stärker das Licht, desto intensiver der Schatten. Gesehen wir es uns, die immer mehr zum Durchbruch kommende Arbeitstheilung bewirkt nur zu leicht eine vollständige Mechanisirung der Arbeiter, zerstört das wahre Interesse des Arbeiters an seiner Leistung, macht ihn zu einer Maschine in der Maschine, und es ist damit eine Entmenslichung und Entfittlichung der Arbeit gegeben. — Der größte Fehler, dessen sich zugleich auch die liberale Volkswirtschaftslehre schuldig gemacht hat. Durch Aufstellung des das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unpersonlich fassenden Gesetzes von Angebot und Nachfrage, welches angeblich allein die Harmonie zwischen Arbeit und Capital herstellt. Nicht mit Gewährung höherer Lohnsätze wird man die sociale Frage lösen; höhere Lohnsätze sind gewährt und die Agitation besteht fort; der Arbeiter hat sich gewöhnt, Arbeit und Capital auch unpersonlich zu fassen und betrachtet die höheren Löhne nur als Folge der gesteigerten Leistungsfähigkeit des Capitals. Die unpersonliche Fassung muß fallen, man muß in der Volkswirtschaftslehre mehr sittliche Mächte in Rechnung bringen. Reichs- und Staatsgesetzgebung haben darin bereits einen guten (!) Anfang gemacht (Hafengesetz und Fabrikinspector), doch bleiben ihnen noch große Aufgaben sittlicher Art.

Die Kritik ist die stärkste Seite des Socialisten, die von ihnen empfohlenen Einrichtungen sind nicht durchgängig als vorzüglich anzusehen. Zur Lösung der socialen Frage sind vorgeschlagen worden von Lassalle die Productivgenossenschaften, von dem bekannten Statistiker Dr. Engel das Theilhaberschaftssystem. Entschieden von Wichtigkeit sind die Maßregeln zur Verbesserung ihrer Lage, welche in den Händen der Arbeiter selbst liegen. Hierher gehört die Gründung von Spar- und Vorschuß-, Rohstoff- und Consumvereinen. Im Sinne der Agitatoren des Socialismus wird freilich die sociale Frage nie (!) gelöst werden.“

Wir können natürlich von einem Pastor nicht verlangen, daß er sich vollständig zu uns schlagen solle; anerkenntsworth ist es aber — daß dieser Mann vernünftiger denkt als alle Waldheimer Fabrikanten zusammen. Den Bourgeois-Zuhörern hat auch der Vortrag sehr mißfallen, — besonders Herrn Fabrikanten Robert Bergmann.

Reichenbach i. B. Der Boigtändische Correspondent der „Dresdner Presse“ sagt in seinem Bericht über die hiesigen Schulen u. A.: „Befremdlich klingt im Jahresberichte die Notiz, daß die Schule die Sedanfeier nicht bezangen habe, weil ein Schlachtag überhaupt zu einem Freudenfeste sich nicht eignet! Wir würden es auf's Lebhafteste bedauern müssen, wenn auch künftighin dergleichen Gründe die Jugend der Reichenbacher Anstalt um eine so kräftige patriotische Anregung brächten wie sie ohne Zweifel gerade diese Feier bietet.“ — In diesen wenigen Zeilen manifestirt sich drastisch der gesunde Sinn unserer Schulverwaltung und die Kohheit der nationalliberalen Presse.

Grimma. Daß von der herrschenden Klasse Alles in Bewegung gesetzt wird, der immer mehr um sich greifenden Arbeiterbewegung einen Damm entgegenzusetzen, und man sich vorzüglich bestrebt, das rote Gespenst von den kleineren Orten fernzuhalten, aber zum größten Theil zu Mitteln seine Zuflucht nimmt, welche das direkte Gegentheil erzielen, davon können auch wir ein Liedchen singen.

Schon im vorigen Jahre wurde uns von der hiesigen Behörde die Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, welche an so vielen Orten Sachsens unter ein und demselben Gesetz unbehindert existirt, verboten. Um aber den hiesigen Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich Klarheit über öffentliche Angelegenheiten zu verschaffen, wurde von mehreren Parteifreunden der Anstoß zur Gründung eines Volksvereins gegeben. Der Verein konstituirte sich, die Statuten wurden vor längerer Zeit bei der Behörde eingereicht, sind aber bis heute nicht genehmigt. Um nun den Mitgliedern sowie Nichtmitgliedern die Bestimmungen des Vereins klar zu legen, wurde vom provisorischen Vorstande eine öffentliche Versammlung auf Sonntag den 30. einberufen, dieselbe jedoch von der Polizei nicht gestattet, weil — sie vom provisorischen Vorstande einberufen sei und dies nicht erlaubt sei. Beläufig sei nur

bemerkt, daß man es in der Umgebung Leipzigs gestattete. Um aber trotz alledem unsern Zweck zu erreichen, beriefen wir zum Sonntag den 6. April eine mit der Tagesordnung: 1) der Normalarbeitstag, 2) Paragraph 1 des Vereinsstatuts. Als die bei der Behörde angemeldete Stunde zum Beginn der Versammlung herangekommen, wurde dem Einberufer von einer der anwesenden Stützen des Staats, deren waren 2 Wendsbarren, 1 Wachtmeister und 1 Assessor — erstere 3 bis an die Zähne bewaffnet — bedenklich anzufangen, ein Mandat, welches sich schon früher einmal abgespielt. Das Bureau wird gewählt und der Vorschlag gemacht, weil man vermuthen konnte, daß sich noch mehr Zuhörer finden würden, die Versammlung auf eine halbe Stunde zu vertagen. Der Herr Assessor erklärte jedoch ganz kategorisch: Wenn nicht sofort angefangen wird, schließe ich die Versammlung. Hauptsächlich Leipzig beehrte ihn jedoch, daß es nach dem Vereinsgesetz sehr wohl gestattet sei, die Versammlung zu vertagen. Der Herr Assessor bleibt bei seinem Vorsatze, es blieb dem Vorsitzenden weiter nichts übrig als gute Miene zum bösen Spiele zu machen und er ertheilte Rauer (Leipzig) das Wort zum 1. Punkt der Tagesordnung. Derselbe sprach sein Bedauern darüber aus, daß der Herr Assessor so ganz und gar keine Ahnung vom sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetz habe und ersucht ihn, doch den betreffenden Paragraphen zu zitiren, welcher ihn zu seinem Vorgehen berechtigte, — was er aber schuldig blieb. Der Redner, zu seinem Vortrag übergehend, erläuterte in klarer Weise, wie die Maschinen die aufgeschichtete Kulturarbeit vieler Jahrtausende seien, aber in der heutigen Gesellschaft nicht zum Nutzen der Arbeiter, sondern vielmehr von der herrschenden Klasse dazu bewilligt würden, um die Arbeiter auszubeuten, wie durch die Maschinen eine Masse Arbeiter auf's Pflaster geworfen würden, wie die überflüssige Arbeitskraft unter den Arbeiter eine Konkurrenz erzeuge, welche den Lohn herabdrücke, die Arbeitszeit verlängere und den Arbeiter körperlich und geistig entnere. Darum hätten auch schon oft die Arbeiter die Maschine als ihren Feind betrachtet und dieselbe in Stücke geschlagen. Dies sei aber nur an Orten passiert, wo noch keine sogenannten sozialistischen Volksführer hingekommen seien. Die Arbeiter, welche von dem sozialdemokratischen Gift angesteckt wären, hätten begriffen, daß die Schuld nicht an der Maschine, sondern an der ungerechten Organisation der Gesellschaft liege, und seien deshalb eifrig bestrebt, dieselbe zum Nutzen der gesamten Menschheit umzuformen und die Maschine zum Gemeingut Aller zu machen. Wie schädlich die lange Arbeitszeit sei, beweise die Statistik auf's Schlagendste; so erreicht der Arbeiter ein Durchschnittsalter von nur 31 Jahren, während der Rentier 66 Jahre alt würde. Noch viel greller trete das Verhältnis in der Kindersterblichkeit in den großen Fabriksstädten hervor, wo die Hälfte der Kinder der Fabrikanten das 30. Jahr, die Hälfte der Kinder der Arbeiter noch nicht das 2. Jahr erreicht hätten. Alle diese Thatsachen müßten die Regierungen bestimmen, wenn sie es ehrlich mit dem Volkswohl meinten, etwas für die Verbesserung der Arbeiterlage zu thun und in erster Linie eine gesetzliche Frist festzustellen, über welche hinaus nicht gearbeitet werden dürfe, wodurch der Ausbeutung des Kapitals ein Damm entgegengesetzt würde. Die Gegner wenden zwar immer ein, es sei dies eine Beschränkung der persönlichen Freiheit; dies sei in sofern wahr, als dadurch die Freiheit der Ausbeutung der Arbeiter durch die Bourgeoisie beschränkt würde, und sei es jedenfalls gerechtfertigt, die Freiheit einer Hand voll Leute zum Nutzen der Gesamtheit zu beschränken. — In England, Frankreich und Amerika sei schon längst der gesetzliche Normalarbeitstag eingeführt worden und habe sich derselbe sehr trefflich bewährt.

Viele Arbeiter seien leider selbst noch gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit, indem sie glauben, daß dadurch der Lohn sinke; das sei jedoch nicht der Fall, denn wenn in einer Werkstat 50 Mann 12 Stunden arbeiteten und die Arbeitszeit würde auf 10 Stunden reduziert, so würden dadurch 100 Stunden pro Tag weniger gearbeitet; folglich wären, um dasselbe Quantum Arbeit zu liefern wie bei 12stündiger Arbeitszeit, bei 10stündiger weitere 10 Arbeiter notwendig; dies in der Gesamtheit durchgeführt, ergebe eine größere Nachfrage nach Arbeitskräften, und die notwendige Folge sei eine Steigerung des Lohnes. Weil man den Arbeitern, welche für die Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, den Vorwurf der Faulheit macht, empfiehlt der Referent allen Anwesenden die Herren Bourgeois als Muster, welche sich bei dem Sophratischen und Couponabschneiden sehr wohl befinden. Den Arbeitern sei, wenn sie irgend eine Forderung aufstellten, zu empfehlen, zunächst für die Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten und namentlich auf die Gesetzgebung einzuwirken. Es wäre dies nicht nur ein Nutzen für die körperliche, sondern auch für die geistige Entwicklung, der Arbeiter müsse Zeit gewinnen, sich durch Lesen wissenschaftlicher Bücher, durch Anhören belehrender Vorträge Klarheit über das Wohl und Wehe seiner Mitmenschen zu verschaffen; denn die beste Waffe sei die geistige Bildung, und nur dadurch sei es möglich, die Verbrüderung der Menschen herbeizuführen. —

Berlin. (Zum Grottkau-Congress.) Herr Grottkau, der Präsident des Allg. deutschen Zimmerer-Vereins, bereist jetzt Süddeutschland, um die Maurer, Zimmerer und Steinmeger für den in Berlin projectirten Congress zu gewinnen. Bereits ist im „Volksstaat“ mehreremale vor der Besichtigung dieses Congresses gewarnt worden, weil es sich nicht um Einigung, sondern um neue Zersplitterung handle und weil die Einberufer die ganze Bewegung nur zu Gunsten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, also zu Gunsten der Tölde-Hasenclöverer Hasselmännerei ausbeuten wollen. Herr Grottkau hat kürzlich in einer Versammlung in München dies entschieden bestritten und gar verlockende Töne auf der Einigungs- und Versöhnungspfeife geblasen. Daß dieser Herr mit seiner bekannten Dummheit entschieden gelogen hat, wollen wir durch seine eigenen Worte in der vorjährigen Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins darthun. Tölde hatte in jener Versammlung den Antrag gestellt, sämtliche Gewerkschaften dem Allgemeinen deutschen Arbeitervereins dienstbar zu machen. Dabei sagte unter Anderem Herr Grottkau: „So lange wir nicht die gewerkschaftliche Bewegung bei den „Ehrlichen“ und Fortschrittler entfernen können, müssen auch wir sie beibehalten als Gegengewicht. Dabei dienen unsere Gewerkschaften noch dazu, Elemente den andern Parteien zu entreißen und dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zuzuführen.“ Das ist deutlich. Es kommt noch besser: Der Allgemeine deutsche Maurerverein stellte den Antrag, dem „Neuen Sozialdemokrat“ monatlich pro Mann

1/2 Silbergrofchen Steuer zu entrichten für die Aufnahme der Artikel des Vereins in dem erwähnten Blatt und für die moralische Unterstützung durch den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Und zu diesem Antrag bemerkte Herr Grottkau erläuternd: „Es handle sich bei dem Antrage um nichts anderes als dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein mehr Unterstützungen zu gewähren.“ Es versteht sich von selbst, daß die Herren also auch bei dem jetzt neu zu gründenden Allgemeinen Bauwerkenverein dieselbe Maxime einführen. Auf Antrag des Herrn Grottkau wurde ferner beschlossen, den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Maurervereins gegen Vorzeigung ihrer Karten den Eintritt in die geschlossenen Sitzungen der Generalversammlung zu gestatten, — ein Recht, das nur die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins besaßen.

Wie man ferner unter den Leitern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins über die Gewerkschaftsbewegung denkt und welche Stellung der Allgemeine deutsche Arbeiterverein zu derselben einnimmt, mögen folgende Aeußerungen und Beschlüsse der vorjährigen Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins darthun:

Herr Tölde eröffnete den Reigen. Er sagte: „Es sei ein wahrer Anstus, in Berlin neben dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein noch den Unterstützungsvorband und den Berliner Arbeiterbund zu gründen.“ Unterstützungsvorband und Arbeiterbund sind nämlich gewerkschaftliche Organisationen.

Herr Grottkau: „Man sagt, der Verein (nämlich der Allgemeine deutsche Maurerverein) habe dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein geschadet, ersterer — der Maurerverein — hat aber immer für den letzteren — den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein — die milkende Kuh spielen müssen. Er (Redner) habe allein mit den Mitteln des Maurervereins eine großartige Agitation entfaltet.“

Herr Wintler (Altona): „Durch derartige Einrichtungen, wie der Berliner Arbeiterbund, wird eine Decentralisation herbeigeführt. Bedenfalls müssen solche Einrichtungen — Gewerkschaften — vorübergehend sein.“

Herr Stürz (Offenbach) ist für den Tölde'schen Antrag, — Befestigung der Gewerkschaften — nur möge man nicht so schroff vorgehen, es könne ja langsam geschehen.“

Herr Hasenclöver: „Was die Bewegung in Berlin betreffe, so sei die Hauptstadt sehr wichtig und der Bund — Arbeiterunterstützungsbund — habe seinen Nutzen gehabt. — Wenn der Bund seinen Zweck erfüllt hat, dann werden wir schon von selbst dafür sorgen, daß er wieder verschwindet.“

Herr Frohme: „Wir müssen uns fragen, was die Gewerkschaften gewirkt haben. Redner ist schon lange der Ansicht gewesen, daß man den alten Kumpel über Bord werfe.“

Herr Stürz (Offenbach) sagt: „er habe mit andern Parteigenossen dahin gewirkt, den Arbeiterbund zurückzudrängen. So müsse man überall wirken, allein direkt mit den Aufstellungen dieser Verbände u. s. w. vorzugehen, sei „unpraktisch“.

Herr Hasselmann führt aus: „Wir haben nur deshalb den Bund — Arbeiterbund — gegründet, um diese Gewerke zu uns herüberzuziehen, was uns auch ganz gut gelungen ist. — Wir haben also mit dem Bunde nichts besonderes schaffen wollen; es war nur ein Mittel zum Zweck.“

Herr Feinzel: „Die Gewerkschaften seien wohl ein schädliches Produkt der Zeit, aber nicht zu beseitigen.“

Herr Selig stellt folgenden Antrag: „Die Generalversammlung möge den Bunde ansprechen, daß sobald wie möglich alle innerhalb unserer Partei bestehenden gewerkschaftlichen Verbindungen aufgelöst und die Mitglieder dem Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zugeführt werden, und Pflicht der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ist es, in diesem Sinne zu wirken. Eine weitere Ausdehnung der Streiklasse ist als eine Störung der Centralisation der Arbeiter nicht praktisch.“

Dieser Antrag wurde mit 4731 Stimmen gegen 3446 Stimmen angenommen. Wenn jetzt also noch von Seiten der hervorragenden Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für die Gewerkschaften gewirkt wird, so ist nach Belantwerden dieser Verhandlungen es wohl auch dem Dummsten klar, was damit beabsichtigt wird. Mögen auch Herr Grottkau und Andere gegen den Selig'schen Antrag gestimmt haben; wozu sie die Gewerkschaften benutzen wollen, haben sie klar und deutlich ausgesprochen. Wenn diese Herren von Versöhnung und Einigung sprechen, so ist das bei ihnen freche Heuchelei. Wir fordern unsere Parteigenossen auf, dafür zu sorgen, daß die Verhandlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins über die Gewerkschaftsfrage in allen Gewerkschaften bekannt werden und erziehen sie, daß bis jetzt über diese Frage im „Volksstaat“ veröffentlichte Material sich genau anzuhaken, um es bei Agitationen von jener Seite verwenden zu können.

Mögen die Parteigenossen namentlich dafür Sorge tragen, daß die Steinmeger sich den bereits bestehenden Gewerkschaften der deutschen Steinmeger, die Maurer und Zimmerer sich der Internationalen Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer anschließen. Das Schauspiel, welches der Allgemeine deutsche Tischlerverein, Maurer- und Zimmerverein und gegeben hat, was die Herren Auer und Consorten im Allgemeinen deutschen Schuhmacherverein aufzuführen versucht haben, mag den Gewerkschaften ein warnendes Beispiel sein, sich durch Berlin nicht fördern zu lassen.

Gotha. Am 20. März wurde ich vom Kreisgericht zu Erfurt zu einer Woche Gefängniß verurtheilt, welche Strafe ich verbüßt und wobei ich Gelegenheit gehabt habe, ein preussisches Gefängniß kennen zu lernen. Dasselbe ist ein würdiges Seitenstück zum Zoidauer. Beim Antritt meiner Strafe wurde mir nicht allein das Geld, sondern auch alles Uebrig abgenommen, sogar der Schnupftabak. Wir waren sieben Mann in einer Zelle eingesperrt, wo wir aßen und wo ein Jeder auf einen nicht ganz dicht verschlossenen Eimer seine Nothdurft verrichten und wir zusammen schlafen mußten. — Die Kost wurde in Blechnäpfen mit einem hölzernen Löffel verabfolgt; die Räfte waren zum größten Theil angerostet. Ein jeder Gefangener muß die Anstaltskost essen, wenn er sich nicht gleich ganz befristet. In den Verwaltungsgesetzen für Gefangene heißt es zum Schluß: „Gefangene, welche Gesunke und Bitten anzubringen haben, haben sich beim Untersuchungsrichter melden zu lassen, worauf sofort das Nöthige geschieht.“ Ich habe mich am ersten, am zweiten, am vierten Tag melden lassen, um auf meine Rechnung mir ein Stück Wurst und

Butter zu kaufen und dadurch der Anstaltskosten aus dem Wege zu gehen, ohne auch nur ein einziges Mal vorgelassen zu werden, und halte ich es für meine Pflicht, eine solche Behandlung der Dessenlichkeit zu übergeben. Und kommt er wieder an das Licht, so nimmt ihn der Fabrikherr nicht! Mein Geldbaron entließ mich natürlich aus der Arbeit, nachdem er mich früher aus einem anderen Geschäft fortgelockt! Ausgebetet wirst er mich nun auf's Straßenspieler, um mir das Aufstreifen für die Arbeiter zu verdienen. Das wird ihm nicht gelingen. Ein Mann, wie mein bisheriger Schutzbaron, der in Apfeldorf, wo er die Jagd gepachtet hat, den Bauern zur Ehre Gottes Bier und Bratwürste, ihren Kindern Gefangbücher kauft, der Arbeiterwohnungen für 1300 Thlr. baut, woran die Arbeiter jährlich 100 Thlr. abtragen müssen, der eine Krankenkasse errichtet hat, deren Betrag im Geschäft steckt und an welche die Arbeiter alle Ansprüche verlierten, sobald er sie fortzuziehen geruht, — ein solcher Mann hält die Arbeiterbewegung nicht an.

Hamburg, 3. April. In Hansch's Clublocal hielt der sozialdemokratische Arbeiterverein am Montag Abend eine Versammlung ab, in welcher Praast einen Vortrag über die Stellung des kleinen Handwerks gegenüber dem Großkapital hielt. Redner begann nach dem „Hamb. Corr.“ mit einem Rückblick bis in die frühesten Zeiten des Alterthums und verwies dabei auf Ägypten, die biblische Geschichte, Rom und Griechenland. Uebergehend zum Zeitalter des Christenthums, gedenkt er zunächst der freien Vereinigungen von Handwerkern in den Städten Frankreichs zur Zeit des achten und neunten Jahrhunderts und bezeichnet das zehnte Jahrhundert als den Zeitpunkt, in welchem zuerst durch Gesetze den Handwerker-Organisationen Anerkennung verschafft und denselben politische Rechte eingeräumt worden seien. Trotzdem wären zu jener Zeit die Gilden der Handwerker von den freien Ablichen verachtet gewesen, so daß derjenige Abliche für einen Verabscheuungswürdigen von seines Gleichen angesehen wurde, welcher es wagte, bürgerliche Arbeit zu verrichten oder mit den Gilden in Berührung zu treten. Nur wenige Geschäfte seien dem armen und freien Adel, wie z. B. das Handwerk der Waffenschmiede und das der Goldschmiede, zugänglich gewesen. Die Arbeit war verpönt, weil sie zu noch früheren Zeiten von Sklaven verrichtet wurde. Aus dem alten Gildewesen und den Städteorganisationen der Handwerker heraus habe sich das Zunftwesen gebildet, dessen innere und äußere Einrichtungen sich in Deutschland am längsten erhalten hätten. Als ein Band zwischen Meister, Geselle und Lehrling hätten sich die früheren Organisationen der Handwerker zu einer Blüthe entwickelt, die ein rasches Aufblühen und Emporkommen des Städtewesens zur Folge hatte. Der Keim der Verrottung und ein kleinlicher, engherziger Geist habe jedoch schon die Gilden der Handwerker in frühesten Zeit gebannt und das Aufkommen gesunder Fortschrittsideen zur Unmöglichkeit gemacht, so daß schon um die Jahre 1645, 1648, 1672 bei Kaiser und Reichstag Petitionen um Befreiung von Zwangsbestimmungen eingelaufen seien. Die Kleinigkeitsträmerei der Gilden habe sich sogar erlaubt, bestimmte Trachten für die Angehörigen der verschiedenen Gewerke vorzuschreiben. Auf vielfaches Drängen sei in Frankreich im Jahre 1776 der erste Versuch zur Einführung der Gewerbefreiheit gemacht worden, derselbe sei jedoch an dem energischen Widerstand der Handwerksmeister nach halbjährigem Bestehen gescheitert. Gleichzeitig wären die zur Wohlhablichkeit gelangten Meister bemächtigt gewesen, den Gesellen ihre Rechte zu beschneiden und nach der Zeit der französischen Revolution von 1789, wo sich das Bürgerthum die vollendete politische Herrschaft über den staatlichen Organismus Frankreichs errungen habe, sei man sogar so weit gegangen, Versammlungen der Gesellen mit einer Strafe bis zu 6 Jahren Zuchthaus oder 300 Francs Geldbuße zu belegen. In eigener Machtvollkommenheit schlichteten oftmals Richter Streitigkeiten und letztere wären um so zahlreicher geworden, je mehr die Theilung der Arbeit, die Concentration des Capitals und die Großindustrie am Anfang gewonnen hätten. Die Coalitionsfreiheit bezeichnet sodann Redner als eine mächtige Waffe, um die Rechte der Arbeit zur Geltung zu bringen, und indem er auf die großartigen Erfolge der englischen Gewerksvereine in Bezug auf Gesetzgebung, Politik u. hinweist, constatirt er gleichzeitig den Verfall des kleinen Handwerks, welches sich entweder zur genossenschaftlichen Arbeit organisiren oder mit dem Arbeiterstand Hand in Hand gehen müsse, um die Arbeit lohnender und gewinnbringender zu machen. Nur durch Bereinigung könne die unbedingte Herrschaft des Capitals über die Arbeit gebrochen werden. Thöricht sei es daher vom kleinen Handwerk, die Bestrebungen des Arbeiterstandes zu bekämpfen, und obwohl Einzelnen und durch besondere Verhältnisse Bevorzugten es möglich sei, sich zu größeren Unternehmern emporzuschwingen, so bleibe die große Klasse der kleinen Gewerbetreibenden in Bildung und Bedürfnissen sogar hinter besser gestellten Arbeitern zurück. Es müsse im Volke die Erkenntniß sich Bahn brechen, daß durch allmähliche Umwandlung der heutigen kapitalistischen Produktionsform in die genossenschaftliche Arbeit das Mittel gegeben sei, die soziale Frage zu lösen und mit ihr die Misere des kleinen Handwerkerstandes, die sozialen Wirren und Kämpfe, die Wohnungsnoth, den Geld- und Börsenschwindel zu beseitigen. — An diesen Vortrag knüpfte sich eine sehr lebhaft Diskussion, die aber nicht zu Ende geführt und auf Montag, den 7. April, vertagt wurde.

Wiesbaden, 18. April. Der „Neue Sozialdemokrat“ kann es noch immer nicht unterlassen, seinen Zorn über die „Ehrlichen“, insbesondere über die rheinischen, auszugießen, weil wir als freie Männer, als Sozialdemokraten und nicht als Marionetten des Berliner Präsidenten, für die enterbte Menschheit einzutreten für richtig fanden. Er thut es eben darum, um die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von seinen feigen, nicht-sagenden politischen Peitartikeln abzulenken, und um so eher und sicherer seine Anhänger über die Absicht ihrer Führer, die Arbeiter zu nachführen, zu täuschen und die Verkommenheit jener Helden zu verdecken. Es ist bereits im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein so weit gekommen, daß jede noch so schändliche That der Führer an der Arbeiterschaft ungehorsam bleibt, auch wenn von den eigenen Mitgliedern immer wieder hie und da die Schande aufgedeckt wird. Das erinnert uns auf das Schlagendste an die Verhältnisse im römischen Vatikan, wo ein Alexander VI. und die Borgias ihre Drogen eine Zeit lang ungehindert treiben konnten, ohne daß das Volk sich von jenen Führern losgesagt hätte. Ja, das Volk wurde es im Großen und Ganzen gar nicht inne, weil, Dank der straffen Organisation, ihm jede Quelle, aus der es hätte die Wahrheit schöpfen können, entzogen wurde. Man durfte, um nicht in Vann gethan zu werden (im Allgem. D. Arbeiterverein heißt das „ausstoßen“), ja keine anderen Schriften und Bücher lesen, als die von empfohlenen. Wehe Dem, der dagegen hätte opponiren wollen; er wäre so sicher der heil. Inquisition oder dem Scheiterhaufen verfallen, als zwei mal zwei vier ist. Sind nicht alle Regier („Ehrliche“), die noch ein wenig Ehrgefühl und Freiheitsinn besitzen

*) Alle mit einem Sternchen versehenen Artikel sind durch Vermittlung des Ausschusses eingekauft.

und sich nicht von den Unfehlbaren in Berlin am Narrenseil führen lassen wollen? Was nicht „Neuer“ oder „Sozialpolitisch“ heißt, ist verpönt; was nicht Tezel, Samson, Dreesebach, Fried ist, oder was diese Ablaßträger alle für Namen führen, sind nur „Bourgeois“, „Bollsparteiler“, „Juden“ u. s. w. Ein Glück, daß die Berliner Clique keine Scheiterhaufen errichten darf, sonst hätte schon mancher Andernkennde sein Holz dazu tragen müssen. Doch Alles hat seine Zeit und der Stern dieser Herren ist im Niedergang. Immer und immer werden sich ehrenhafte Männer erheben, die die Handlungsweise dieser sauberen Führer mit dem rechten Namen bezeichnen werden. Es hat dies in neuester Zeit Hamburg wieder gezeigt. Ueber die Hamburger Broschüre äußert sich der „Neue“ ganz lautiätig folgendermaßen: „Unsere angegriffenen Freunde aber werden für das Nachwerk, so wie wir, hoffentlich nur ein Lächeln und ein Achselzucken haben.“ Das ist die ganze Bertheidigung auf derartige, für jeden ehrerbienenden Menschen so gravirende Angriffe. *) Töide ist ein ehrlicher, Hörig ein sittlicher Mensch! Was will man mehr? Aber wie steht es mit W. Fried und Karl Klein — von Lichters wollen wir heute gar nicht sprechen — die das Rheinland unsicher machen? Zur Charakteristik der beiden erwähnten Agitatoren des Herrn Hasenclaver diene folgende Thatsache: Wie allgemein bekannt ist, hatten die beiden noblen Herren 1869, durch Schweizer unterstützt, mit Geldern des Allgem. D. Arbeitervereins Cigarrengeschäfte angefangen und hatten sich durch ihre Agitation unter den Mitgliedern des Allgem. D. Arbeitervereins hier am Ort ein großes Vertrauen erworben. Niemand dachte daran, daß sie das Ausbeuten besser verstanden als die Bourgeoisie selbst. Genug, es erbot sich hier ein Cigarren-Arbeiter zuerst, dem Fried Cigarren zu liefern, was dieser auch annahm. Herr Fried preist in seinen Briefen die Waare als eine vorzügliche. In einem Brief vom 8. Juli 1870 wünscht er 20 Mille Merito, etwa 10 Mille Victoria und vielleicht 5 Mille Ababania. Die Zahlung sollte den nächsten Monat eine ordentliche direkte Baarzahlung sein. Das Zahlen hat er jedoch vergessen und schuldet noch an erhaltenen Waaren 92 Thaler an einen armen Cigarren-Arbeiter. — Herr K. Klein, ehemaliger Herumläufer mit 8. Meide für die französischen Kriegsanleihen, gleichfalls 9 Thlr. 15 Sgr. — In Summa Fried & Klein für Waaren und Gerichtskosten 130 Thaler. Beide Herren sind unpfindbar. Dies zur Kennzeichnung der Maulhelden, die in jeder Versammlung die „Ehrlichen“ als „Verräther“ hinauswerfen lassen wollen. Daß der Herr Präsident diese Stütze des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Rheinlanden gut kennt, erhellt daraus, daß er, anstatt Fried oder Klein als besoldeten Generalbevollmächtigten für Rheinland und Westfalen einzusetzen, den minder fähigen Dreesebach, der besser im Narrenreiter mit der Narrenlatze, den Stöckisch an der Seite, für die Dummheit Propaganda machen kann, als Mitglieder für den Allgemeinen Verein zu gewinnen, berufen hat. Und da sollen sich die rheinischen Arbeiter nicht alle erheben, Mann für Mann, gegen solche Wirtschaft? Wahrlich, würde Lassalle, den diese Herren vom „Neuen“ so heuchlerisch bei jeder Gelegenheit im Munde führen, in Wahrheit aber in Roth ziehen, heute noch leben, er würde sich mit noch geraderer Entrüstung gegen diese Führer des Allgem. D. Arbeitervereins wenden, als seiner Zeit gegen Wackernagel; er würde nicht nur auf Elberfeld hinweisen, sondern auch auf Berlin: „Dort wohnt die saubere Gesellschaft, rheinische Arbeiter, ich gebe sie Eurer gerechten Berachtung anheim!“

Zum Schluß müssen wir erklären, daß wir uns nicht mehr an die hier gefasste Resolution, bei der Reichstagswahl im hiesigen Kreis für Hasenclaver zu stimmen, halten können, weil sie nicht im „Neuen Sozialdemokrat“ veröffentlicht worden ist und die Mitglieder des Allgem. D. Arbeitervereins nicht nach der Resolution handeln.

*) Die Bräuer'sche Broschüre ist natürlich für die Herren vom „Neuen“ sehr compromittirend; indes läßt sich nicht läugnen, daß sie im Ganzen so unsachlich gehalten ist, daß ihr Werth dadurch bedeutend herabfällt.

Wiesbaden, 21. April. Nachdem in Düsseldorf sich eine ansehnliche Partei konstituirte hat, sollte den 5. April wiederum eine Versammlung stattfinden. Unterzeichneter war als Referent erschienen. Leider wurde die Versammlung aufgelöst. — Sonntag den 6. d. fand eine sehr stark besuchte Versammlung in Süchteln statt, in welcher Unterzeichneter über die Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei referirte. Ferner sprachen Reichel, Zimmermann und Weber aus Düsseldorf, sowie J. Sauern aus M.-Gladbach. Nach Schluß der Versammlung ließen sich 26 neue Mitglieder einzeichnen. — Von Süchteln ging's nach Crefeld, wo selbst durch Veranlassung unseres Parteigenossen Schroers aus Süchteln auf Montag d. 3. eine Versammlung zu Stande gekommen war. — Selbige fand in den Räumen des Hrn. Zillenbach statt und waren wohl weit über 1000 Personen anwesend. — Die dortigen Mitglieder des Allgem. Deutschen Arbeitervereins hatten, nachdem sie vernommen, daß Unterzeichneter in Crefeld sprechen würde, ihren Generalbevollmächtigten Dreesebach nach dort beordert. Die Versammlung verlief sehr ruhig und man hörte mit gespannter Aufmerksamkeit den Auseinandersetzungen zu. Nachdem ich mein Referat beendet, meldete sich Hr. Dreesebach zum Wort. Derselbe behandelte den Gegenstand der Tagesordnung und vermied, seiner Wohnheim zuwider, jeden Angriff auf unsere Partei. Die Versammlung schloß mit Hoch auf die Sozialdemokratie und mit Gründung einer Mitgliedschaft unserer Partei. Die intelligentesten Mitglieder des Allgem. Deutschen Arbeitervereins in Crefeld waren schon längst der persönlichen Reibereien müde und schlossen sich, 17 Mann stark, unserer Partei an. — Dienstag den 8. wurde in Biersen eine Versammlung abgehalten; selbige war ebenfalls sehr zahlreich besucht. In Biersen steht die Sache für uns sehr gut; Beweis hierfür die Versammlung, in welcher viele neue Mitglieder beitraten. — Mittwoch den 9. waren Sauern, Hegers und Unterzeichneter in Dülken. Leider war dort eine Versammlung nicht zu Stande gekommen. Die dortigen Arbeiter interessiren sich sehr für unsere Sache und wird hoffentlich in den nächsten Tagen eine Versammlung stattfinden. Ueberhaupt bietet die ganze Gegend ein gutes Feld für die Agitation. — Samstag den 19. sprach Unterzeichneter in Witten. Sonntag den 20. in Herbe. An letzterem Orte hat sich vor Kurzem eine Mitgliedschaft gebildet, welcher viele neue Mitglieder beitraten. Die Mitglieder von Witten sind sehr bemüht, unsere Prinzipien in Westfalen weiter zu verbreiten; schade nur, daß wir in Westfalen keine Rednerkräfte besitzen, sonst würde man den bekannten Knäppel bald aus dem Sattel heben.

Fraustadt (Posen). Donnerstag den 19. März wurde ich durch folgende Annonce in hiesigen „Volksblatt“ überrast: „Bezugs-Gründung eines Gewerksvereins ist Sonntag den 23. d. eine Volksversammlung anberaumt, zu welcher einladet C. Neger. Nachtrag: Von dem größten Nutzen ist dieser Verein besonders für Arbeitnehmer, da derselbe, verbunden mit Kranken-, Begräbnis- und Invalidenkasse, eine Stütze in Tagen, wo der Arbeitnehmer Nichts verdienen kann, ist.“ — Der Einberufer war ein Weber-

meister in einer hiesigen Fabrik. Dem guten Fraustädter war die „Volksversammlung“ etwas ganz Funkeknagelneues, denn Fraustadt ist ein kleines Städtchen zwischen Lissa und Glogau, das von „Wählern“ noch nie heimgesucht worden ist; — ja sogar 20 Meilen im Umkreise mag man noch keine „Volksversammlung“ erlebt haben. 100 Personen ungefähr waren anwesend. Herr Neger sprach für den Hirsch-Dunder'schen Gewerksverein und die zehnstündige Arbeitszeit. Letzteres gefiel mir natürlich. Darauf opponirte ich gegen seine „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“, und das Anjinnen, wöchentlich 6 Gr. für den Gewerksverein „zu sparen“. Auch setzte ich mein sozialdemokratisches Glaubensbekenntnis auseinander. Meine Resolution müßte ich zwar, da schließlich nur noch 7 Personen im Saale waren, zurückziehen; allein Max Hirsch hat auch nur 5 Mitglieder anwerben können. Noch ein paar solcher Versammlungen und wir haben hier eine Mitgliedschaft. — R

(Große Hoffnungen für uns sind vorderhand auf jene Gegend nicht zu setzen. Außer der landwirthschaftlichen Großindustrie gibt es dort keine, und um unter der Landbevölkerung Posen zu agitiren, bedarf es nicht bloß vollständiger Kenntniß des Posenischen, sondern auch einer großen Geschicklichkeit, die religiösen Gefühle zu schonen. Die Provinz Posen ist eine der sozial am meisten zurückgebliebenen in ganz Deutschland. Der polnische Bauer, der sich weigert, preussisches Papiergeld anzunehmen und in dessen Augen ein Taschentuch ebenso ein überflüssiges Modestück ist, wie die Decimalwaage ihm bloß von den Juden erfunden zu sein scheint, um ihn beim Abwiegen des Getreides besser pressen zu können; — der sich vom deutschen Edelmann gerade so demüthigt wie vom polnischen durchprügeln läßt und seine Schmerzen beim „wuttki“ (Schnaps) vergißt; — der vor jedem grünen jungen Pflaster auf offener Straße auf die Knie fällt, aber mit gleicher Händelschheit dem Juden, der ihm einen Schnaps giebt, die Hand läßt — obgleich er dem Pfaffen versprochen, seine Tochter nicht einmal bei Protestanten vermählen zu wollen; — dieser polnische Bauer ist von dem deutschen Industriearbeiter durch eine Klust getrennt, deren Ausfüllung in unabherrschbarer Ferne liegt. Der deutsche Landarbeiter jener Gegend ist zwar etwas vorgeschrittener als der polnische — aber für das Vereinsleben noch lange nicht reif, während die städtischen Handwerker es allerhöchstens zu einem Turnverein bringen können. Max Hirsch möge nun immerhin jene Gegend für die Zehnstundenarbeit u. dgl. beackern; ohne diese seine Vorarbeit könnten wir dort nichts machen. Feb. d. Volksst.)

Frankfurt. In der Sonnemann'schen „Frankfurter Zeitung“ vom 19. April finden wir folgendes Eingekauft: „Der Redakteur! An der Spitze Ihres ersten Blattes vom Mittwoch, 16. d. M., heißt es, „die sozialdemokratischen Organe“ erheben Laßalle an Stelle Jesu zum Messias. Zum Beweis dessen führen sie — den „Neuen Soz.-Dem.“ an. Nun ist es aber eine bekannte Thatsache, daß der mit Laßalle getriebene Kultus allein von den Leitern des in Berlin domicilirten „Allg. deutschen Arb.-Ver.“, den Herren Töide, Hasenclaver, Hasselmann, angeregt und nur innerhalb des genannten Vereins, aber auch da jetzt nur in einzelnen Kreisen gehegt wird. Und lediglich das, wie bekannt, einzige Organ des Allg. deutschen A.-V., eben das von Ihnen citirte Blatt, hat eine Jesus-Laßalle-Messiasbetrachtung zum Charfreitag veröffentlicht, während von den zahlreichen Organen der anderen Fraktion der deutschen Sozialdemokratie, der sozialdemokratischen Arb.-Partei (Eisenacher Programm) kein einziges einen Artikel solchen Genres gebracht hat. Diese letztere Richtung bekämpft ja u. A. gerade jene Laßalle-Abgötterei, weil sie wie jeder Fanatismus und blinder Glaube den gesunden Verstand nicht aufkommen läßt. Ergebnisst A. Sabor.“

Herr Goldhausen liest unseres Trachtens schon lange genug unsere Organe, um zu wissen, in welchen Beziehungen wir zum Laßallekultus stehen.

Hedderheim bei Frankfurt a. M. Seit einiger Zeit beginnen auch hier die Arbeiter sich wieder zu regen. Am 6. April zeigten Plakate eine Volksversammlung an, welche auch ziemlich stark besucht wurde. Herr Opificius aus Frankfurt schilderte in einem gediegenen Vortrage die drückende Lage der Arbeiter und betonte im Laufe seines Vortrages, daß die heutige herrschende Gesellschaft kein Interesse daran habe, daß es der gesammten Bevölkerung wohlgehe, und deshalb müßten die Arbeiter selbst Hand anlegen, wenn sie aus ihrer so traurigen Lage heraus kommen wollten. Man brauche deshalb nicht zum Schwerte zu greifen, man solle bloß von den Gesetzen Gebrauch machen. Nachdem Hr. Opificius zum Schluß noch aufgefordert hatte, der Partei beizutreten, sprach Dr. Schote, anschließend an die Ausführungen seines Vortrags, ausführlich über unsere Bestrebungen, und wurde den abermaligen Aufforderungen, der Partei beizutreten, Folge geleistet. Vorläufig haben sich 28 in die Liste einzeichnen lassen, was für die Gründung einer Mitgliedschaft für einen Ort wie Hedderheim immerhin ein schöner Anfang ist. A. Müller.

Quedlinburg, 30. März. Hier hat sich eine Mitgliedschaft von 130 Mann gebildet. Die sozialistischen Ideen brechen sich tüchtig Bahn. Mit sozialdemokratischem Gruß Fr. Topf, Vertrauensmann.

Erklärung.
In Nr. 31 des „Neuen Social-Demokrat“ vom 14. d. M. wird auch Neu-Isenburg unter den Orten erwähnt, wo der von Herrn Hasenclaver ausgegangene Protest gegen die Tabaksteuer in einer Volksversammlung angenommen sein soll. Dem gegenüber erklären wir: In der betreffenden Volksversammlung (am 2. d. M.), in welcher Herr Carl Frohne referirte, hat die überwältigende Majorität gegen jenen Protest gestimmt. Denn die Versammlung hielt den Protest bei dem jetzigen Reichstag für unnütz; ferner sprechen sich die Anwesenden aus: sie wären schon längst überzeugt, daß von diesen Volksvertretern Nichts zu erwarten ist, und brauchten dafür keine weiteren Beweise; wenn jedoch die Führer des Allg. deutschen Arb.-V. wirklich etwas Ernstliches für die Arbeiter thun wollten, so müßten sie sich die Einigung der beiden Fraktionen angelegen sein lassen und nicht dagegen arbeiten; die sozialdemokratische Arbeiterpartei habe oft genug ihr ernstliches Verlangen nach Einigung und friedlichem Mit- oder Nebeneinandergehen gezeigt, aber vergebens! — Aus allen diesen Gründen war die Versammlung gegen jenen von Herrn Frohne vorgeschlagenen Protest. Die entgegenge setzte Angabe im „Neuen Soc.-Dem.“ ist also falsch. Man kann ja über die obigen Gründe verschieden denken, aber die Thatsache selbst ist so, wie eben dargestellt. Und das wollten wir im Interesse der Wahrheit konstatiren. Neu-Isenburg bei Frankfurt a. M., 31. März. Das in der betr. Volksversammlung fungirende Bureau: Kenoul aus Neu-Isenburg, Bollinger, Grimm und Th. Raß, 1. Vorsitzender, 2. Vorsitzender, Schriftführer. (Die Leitern aus Frankfurt a. M.)

Verlag: Hermann. Redaction C. Rasper. (Redaction und Expedition Hofstr. 4.) Druck und Verlag der Genossenschafts-Druckerei.